

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB (19.06.–20.07.2023)
sowie aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (09.06.2023–14.07.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
1.	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung, Gemeinsame Landesplanungsabteilung, Referat GL 5, Henning von Tresckow Straße 2-8, 14467 Potsdam Stellungnahme vom 26.09.2024	
	Beurteilung der angezeigten Planungsabsicht: X Ziele der Raumordnung stehen nicht entgegen	Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Ziele der Raumordnung nicht entgegenstehen.
	Erläuterungen: Mit dem o. g. Vorhaben (Geltungsbereich ca. 162 ha) beabsichtigt die Gemeinde Berge die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für das Repowering von 8 bestehenden Windenergieanlagen (WEA) und dafür die Errichtung von 5 neuen WEA sowie der Sicherung einer Bestandsanlage (1 WEA) im Gemeindeteil Kleeste.	Kenntnisnahme, die Aufzählung ist korrekt
	Die Mitteilung der Ziele der Raumordnung sowie gleichzeitig Stellungnahme zum Vorentwurf der Planung haben Sie mit Schreiben vom 12.07.2023 erhalten. In dieser teilten wir mit, dass der Planung keine Ziele der Raumordnung entgegenstehen. Der Inhalt der Stellungnahme hat weiterhin Gültigkeit.	Kenntnisnahme
	Rechtliche Grundlagen zur Beurteilung der Planungsabsicht – Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro 2007) vom 18.12.2007, (GVBl. I S. 235) – Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin – Brandenburg (LEP HR) vom 29.04.2019 (GVBl. II, Nr. 35)	Kenntnisnahme
	Bindungswirkung Gemäß § 1 Abs. 4 BauGB sind Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung anzupassen. Die Ziele der Raumordnung können im Rahmen der Abwägung nicht überwunden werden. Die für die Planung relevanten Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind aus den o. g. Rechtsgrundlagen von der Kommune eigenständig zu ermitteln und im Rahmen der Abwägung angemessen zu berücksichtigen.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung
	Hinweise <ul style="list-style-type: none"> • Diese Stellungnahme gilt, solange die Grundlagen, die zur Beurteilung der Planung geführt haben, nicht wesentlich geändert wurden. Die Erfordernisse aus weiteren Rechtsvorschriften bleiben von dieser Mitteilung unberührt. • Wir bitten, Beteiligungen gemäß Landesplanungsvertrag zu Bauleitplänen nur in digitaler Form durchzuführen (E-Mail oder Download-Link) und dafür ausschließlich unser Referatspostfach zu nutzen: gl5.post@gl.berlin-brandenburg.de. • Wir bitten, Mitteilungen über das Inkrafttreten von Bauleitplänen sowie Satzungen nach § 34 (4) BauGB oder die Einstellung von Verfahren nur in digitaler Form (E-Mail 	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB (19.06.–20.07.2023)
sowie aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (09.06.2023–14.07.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
<p>oder Download-Link) zu senden an unser Referatspostfach gl5.post@gl.berlin-brandenburg.de sowie zur Aktualisierung des Raumordnungskatasters/ PLIS zusätzlich an das LBV/Raumbeobachtung: PLIS@lbv.brandenburg.de.</p> <ul style="list-style-type: none"> Information für den Fall der Erhebung personenbezogener Daten siehe folgenden Link: https://gl.berlin-brandenburg.de/wp-content/uploads/Info-personenbezogene-Daten-GL-5.pdf. 	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung
2. Regionale Planungsgemeinschaft „Prignitz-Oberhavel“, Fehrbelliner Straße 31, 16816 Neuruppin	
Stellungnahme vom 16.10.2024	
Beurteilung der angezeigten Planungsabsicht: X Ziele der Raumordnung stehen nicht entgegen	Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Ziele der Raumordnung nicht entgegenstehen.
Erläuterung: Zurzeit gibt es in der Region Prignitz-Oberhavel keinen rechtswirksamen Plan zur Steuerung raumbedeutsamer Windenergienutzung. Daher werden durch den Bebauungsplan keine Belange der Regionalplanung berührt. Die Regionalversammlung hat den Vorentwurf des Regionalplans Prignitz-Oberhavel – Sachlicher Teilplan „Windenergienutzung (2024)“ als Entwurf beschlossen. Mit dem Plan sollen in der Region Prignitz-Oberhavel Vorranggebiete für die Windenergienutzung ausgewiesen werden. Die im Entwurf vorgesehenen Vorranggebiete gelten jedoch erst dann als in Aufstellung befindlich, wenn die Regionale Planungsgemeinschaft nach der förmlichen Beteiligung den die Beteiligungsergebnisse berücksichtigenden Entwurf auf ihrer Internetseite veröffentlicht hat (§ 2a Abs. 2 RePBkPIG). Die Auslegung des Plans erfolgt voraussichtlich im 4. Quartal dieses Jahres.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung Kenntnisnahme, im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 49/2024 ist die öffentliche Bekanntmachung für die förmliche Beteiligung zum Entwurf des sachlichen Teilplans „Windenergienutzung (2024) der Region Prignitz –Oberhavel v. 19. November 2024 erfolgt. Die öffentliche Auslegung erfolgt in der Zeit v. 18.12.2024 – 18.03.2025. Im Entwurf wird das Vorranggebiet VR WEN1/Kleeste betitelt, die Geltungsbereichsfläche befindet sich innerhalb des Vorranggebietes. Unabhängig davon entfaltet die Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung durch den sachlichen Teilplan „Windenergienutzung“ die gesetzliche Folge des § 249 Abs. 2 BauGB (Entprivilegierung von Windenergienutzung außerhalb), jedoch nicht mehr eine Ausschlusswirkung als Ziel der Raumordnung wie vormals nach § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB. Dementsprechend kann ein in Aufstellung befindliches Ziel der Raumordnung nur Wirkungen innerhalb der vorgesehenen Fläche des Vorranggebiets, aber kein entgegenstehender öffentlicher Belang darstellen. Eine kommunale Bauleitplanung, welche zusätzliche Flächen für Vorhaben nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB für die Windenergienutzung festlegt, ist nach § 249 Abs. 4 BauGB jedenfalls gesetzlich zulässig. Auch insofern können in Aufstellung

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB (19.06.–20.07.2023)
sowie aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (09.06.2023–14.07.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	befindliche Ziele der Raumordnung Vorranggebiete für die Windenergienutzung dem Bebauungsplan „Windpark Kleeste“ nicht entgegenstehen.
Rechtliche Grundlagen <ul style="list-style-type: none"> – Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Rohstoffsicherung/Windenergienutzung" (ReP-Roh-stoffe) vom 24. November 2010 (ABl. 2012 S. 1659) – Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Grundfunktionale Schwerpunkte" (ReP GSP) vom 8. Oktober 2020 (ABl. S. 1321) 	Kenntnisnahme
Bindungswirkung Von den regionalplanerischen Zielen gehen eine Anpassungspflicht gemäß § 1 Absatz 4 BauGB bzw. eine Beachtungspflicht gemäß § 4 Absatz 1 Satz 1 ROG aus. Die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind in der Abwägung zu berücksichtigen (ebd.).	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung.
Hinweise Die Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Rohstoffsicherung / Windenergienutzung" wurde mit Bescheid vom 14. Februar 2012 teilweise genehmigt. Von der Genehmigung ausgenommen sind die Festlegung des Vorbehaltsgebietes Nr. 65 "Sicherung oberflächennaher Rohstoffe" sowie die Festlegungen zur "Steuerung der Windenergienutzung". Der Regionalplan wurde zum Zwecke der Bekanntmachung entsprechend redaktionell angepasst und trägt nunmehr die Bezeichnung Regionalplan "Rohstoffsicherung".	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung
Durch die regionalplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt.	Kenntnisnahme
Nach Abschluss des Beteiligungsverfahrens bitten wir um Information über den Planungsfortgang und die Genehmigungsinhalte.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung
3. Landkreis Prignitz, Gb II - Sachbereich Bauordnung, Berliner Straße 49, 19348 Perleberg Stellungnahme vom 09.10.2024	
I. Sb Brand- und Katastrophenschutz Unter Beachtung des Pkt. 4 „Erschließung und technische Infrastruktur“ des Teil C - Begründung des Bebauungsplans „Windpark Kleeste“ bestehen aus Sicht des Sachbereiches	Kenntnisnahme

Bebauungsplan „Windpark Kleeste“ der Gemeinde Berge
Entwurf Stand 26.06.2024

Stand 08.09.2025

Seite 4 von 39

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB (19.06.–20.07.2023)
sowie aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (09.06.2023–14.07.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
Brand- und Katastrophenschutz grundsätzlich keine Bedenken.	
II. Sb Landwirtschaft Die Flurstücke des Plangebietes befinden sich in der Gemarkung Kleeste der Gemeinde Berge. Bei den Flächen des geplanten Sondergebietes mit der Zweckbestimmung „Windenergienutzung“ (S01-P/Wind bis S05-P/Wind sowohl SO-B/Wind) handelt es sich überwiegend um Grünland. Die geplanten Geltungsbereiche lassen teilweise eine uneingeschränkte landwirtschaftliche Nutzung zu.	Kenntnisnahme, neben der durch die geplante Windkraft in Anspruch genommenen Flächen sollen alle weiteren Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung weiterhin zugänglich sein.
Das Plangebiet befindet sich vollständig im benachteiligten Gebiet. Die dominierende Bodenart des Plangebietes ist lehmiger Sand. Die Bodenwertzahlen des Sondergebietes weisen Werte von 30-40 eine mittlere Ertragsfähigkeit auf.	Kenntnisnahme. Aufgrund der mittleren Ertragsfähigkeit steht der Belang gegenüber der geringfügigen Versiegelung durch die Windkraftanlagen zurück. Im Übrigen bleibt die landwirtschaftliche Nutzung weiterhin möglich.
Es bestehen aus Sicht des Sachbereiches Landwirtschaft keine weiteren Hinweise oder Bedenken.	Kenntnisnahme
III. Sb Denkmalschutz Die Belange der Denkmalpflege sind hinreichend dargestellt. Die unter dem Az. 7354/23 abgegebene fachliche Stellungnahme behält weiterhin vollinhaltlich ihre Gültigkeit.	Kenntnisnahme
IV. Sb Umwelt <u>1. als untere Wasserbehörde (UWB)</u> Gegen den Bebauungsplan bestehen keine Bedenken.	Kenntnisnahme
<u>2. als untere Naturschutzbehörde (UNB)</u> Für die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen (WEA) ist eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung erforderlich. Daher ist gemäß § 1 Abs. 3 NatSchZustV die Fachbehörde für Naturschutz und Landschaftspflege, die Obere Naturschutzbehörde (ONB beim LfU, Referat N 1) für alle naturschutz- einschließlich der artenschutzrechtlichen Entscheidungen und Maßnahmen, die in Bezug auf das Vorhaben und in Bezug auf den BP zu treffen sind, zuständig.	Kenntnisnahme, der Hinweis ist korrekt und wird beachtet.
<u>3. als Untere Abfallwirtschafts- u. Bodenschutzbehörde (UAWB/UBB)</u> Die Untere Abfallwirtschafts- und die Untere Bodenschutzbehörde (UAWB/UBB) stimmen aus fachlicher Sicht unter Berücksichtigung der nachstehend aufgeführten Hinweise dem o. g. Vorhaben zu:	Kenntnisnahme, die Hinweise werden beachtet.
Bodenschutzfachliche Hinweise 1. Die Ausgleichsfläche der externen Ausgleichsmaßnahme A1 (Rückbau von Betonflächen in Sagast) stellt gem. § 2 Abs. 6 des Bundes - Bodenschutzgesetzes, BBodSchG	Kenntnisnahme, Mit dem Hinweis auf das Vorhandensein einer tatsächlichen Altlast gem. Altlastenkataster des Landkreises Prignitz entsteht eine Gemengelage an Einzelmaßnah-

Bebauungsplan „Windpark Kleeste“ der Gemeinde Berge
Entwurf Stand 26.06.2024

Stand 08.09.2025

Seite 5 von 39

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB (19.06.–20.07.2023)
sowie aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (09.06.2023–14.07.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
<p>eine altlastenverdächtige Fläche dar. Diese wird im Altlastenkataster des Landkreises Prignitz unter der Nummer 0340700386 und der örtlichen Bezeichnung „Stützpunkt Sagast“ geführt. Die Erstbewertung ist abgeschlossen. Es handelt sich um eine ehemalige Tankstelle mit u.a. Tanks, Werkstatt und Garagen. Es ist mit dem Auftreten von Gefahrstoffen im Boden zu rechnen. Es werden Mineralölkohlenwasserstoffe und PAK im Boden vermutet.</p> <p>Zu Beginn der Arbeiten im Bereich der Altablagerung ist ein Ortstermin mit der Unteren Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde durchzuführen.</p> <p><i>(eigene Anmerkungen KK-RegioPlan: In der Stellungnahme ist hier ein Bild zur Übersicht/Lageeinordnung).</i></p>	<p>men, die eine beabsichtigten Entsiegelung von Betonflächen komplett übersteigen. Aufgrund dieser Komplexität an Einzelmaßnahmen und den derzeit nicht einschätzbaren zusätzlichen Kosten für die Beseitigung der Altlast, wurde im Rahmen der weiteren Planung eine anderweitige Externe Kompensationsmaßnahme über die Flächenagentur des Landes Brandenburg gesichert. Hierfür liegt ein neues Maßnahmenkonzept vor und wurde in den Umweltbericht als auch in die Begründung zum Bebauungsplan „Windpark Kleeste“ eingearbeitet. Es handelt sich dabei um einen „Regionalen Flächenpool in der Ortslage Zempo“. Die Maßnahmen sind vollumfänglich gesichert und können dem Erfordernis des Ausgleiches betroffener Schutzgüter entsprechend umgesetzt werden. Eine detaillierte Maßnahmenbeschreibung findet sich im Kapitel 7.4-Hinweise zum Artenschutz- in der Begründung zum erneuten Entwurf des Bebauungsplanes.</p>
<p>2. Werden während der Erdarbeiten im anstehenden Boden bzw. Bodenaushub organoleptische Auffälligkeiten hinsichtlich Farbe, Geruch oder Konsistenz festgestellt, die Anzeichen für das Vorhandensein umweltgefährdender Stoffe sein können, ist unverzüglich die UBB zu informieren, damit die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet werden können (§ 31 Abs. 1 BbgAbfBodG). Die Anzeigepflicht besteht für Verursacher bzw. dessen Gesamtrechtsnachfolger, Grundstückseigentümer, Inhaber der tatsächlichen Gewalt (Mieter, Pächter) sowie frühere Eigentümer, wenn das Grundstück nach dem 01.03.1999 übertragen wurde. Die Anzeigepflicht entfällt, wenn die anzeigende Person sich selbst oder einen der in § 383 Abs. 1 Nummre 1 bis 3 der Zivilprozessordnung bezeichneten Angehörigen der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde.</p>	<p>Kenntnisnahme, siehe Abwägungshinweise zuvor.</p>
<p><u>Abkürzungs- u. Fundstellenverzeichnis</u></p> <p>BBodSchG Bundes-Bodenschutzgesetz - Gesetzes zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten vom 17.03.1998 (BGBl. 1, S. 502), zuletzt geändert durch Art. 7 des Gesetzes vom 25.02.2021 (BGBl. 1, S. 306)</p> <p>BBodSchV Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung vom 09.07.2021 (BGBl. 1, Nr. 43, S. 2716 ff.)</p> <p>BbgAbfBodG Brandenburgisches Abfall- und Bodenschutzgesetz vom 06.06.1997, GVBl. 1 S. 40, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Juni 2024 (GVBl. 1/24, Nr. 24)</p>	<p>Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung</p>

Bebauungsplan „Windpark Kleeste“ der Gemeinde Berge

Entwurf Stand 26.06.2024

Stand 08.09.2025

Seite 6 von 39

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB (19.06.–20.07.2023)
sowie aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (09.06.2023–14.07.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
V. Sb Bauordnung <u>1. Bauordnungsrecht</u> Die geplante Aufstellung des B-Planes wird von Seiten der unteren Bauaufsichtsbehörde zur Kenntnis genommen.	Kenntnisnahme
<u>2. Planungsrecht</u> <u>2.1 Planzeichnung</u> <ul style="list-style-type: none"> Die in der Planzeichnung weiß dargestellten Flurstücksgrenzen sind durch die Überlagerung mit anderen farbigen Flächen kaum bis gar nicht erkennbar. Die in der Planzeichnung enthaltenen Flurstücksnummern sind für den Betrachter somit nicht eindeutig verortbar. Die Planunterlagen VV bestimmt, dass die den Umring des Geltungsbereichs bildenden Flurstücksgrenzen geometrisch eindeutig bestimmt sein müssen. Darüber hinaus ist die geometrische Eindeutigkeit von Flurstücksgrenzen immer dann erforderlich, wenn eine eindeutige Übertragung der Bebauungsplanfestsetzungen in die Örtlichkeit anders nicht sichergestellt ist. 	Kenntnisnahme, die farbliche Darstellung der Flurstücksgrenzen wird redaktionell geändert und einer eindeutigen Lesbarkeit zugeführt. Kenntnisnahme, das Kapitel 1.2 der Begründung zum Bebauungsplan wurde redaktionell ergänzt und die eindeutigen Grenzen des Geltungsbereiches näher erläutert. Die Grenze des B-Planes wird durch den klaren Verlauf des Flurstückes 1 der Flur 1 Gemarkung Kleeste gebildet.
<ul style="list-style-type: none"> Die überbaubare Grundstücksfläche, die mittels Baugrenze den Standort der Windenergieanlage (Fundament und Turm) bestimmt, ist unbestimmt. Baugrenzen sind in der Planzeichnung so zu vermaßen, dass Lage und Verlauf der Festsetzungslinie genau bestimmbar sind. Die Eindeutigkeit ist durch Vermaßung herzustellen. 	Kenntnisnahme, und redaktionelle Anpassung Die Vermaßung der Baugrenzen wird redaktionell angepasst und an allen Standortplanungen präzisiert.
<ul style="list-style-type: none"> Auf der Planzeichnung befindet sich neben den mit WEA-B1 bis WEA-B4 bezeichneten Windenergieanlagen in Betrieb zwischen dem SO1-P und SO2-P eine weitere Windenergieanlage mit der Darstellung „in Betrieb“, jedoch ohne Bezeichnung. Weder in der Zeichenerklärung, noch in der Begründung findet sich diese Anlage wieder. Diesbezüglich ist die Darstellung zu hinterfragen. 	Kenntnisnahme, bei dem in Rede stehenden Standort handelt es sich um einen zeichnerischen Fehler in der Planzeichnung. Der Standort ist reell nicht vorhanden, die Planzeichnung wird an dieser Stelle bereinigt, die Darstellung entfällt.
<u>2.2 Textliche Festsetzungen</u> <ul style="list-style-type: none"> In der Planzeichnung ist neben den SO1-P bis SO5-P ein SO-B Wind festgesetzt. Laut Begründung soll mit dieser Festsetzung die im Jahr 2020 in Betrieb genommene Windenergieanlage im Bestand gesichert werden. Da das SO-B Wind auch Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung enthält, sind diese auch in die textlichen Festsetzungen aufzunehmen. 	Kenntnisnahme, dem Hinweis wird gefolgt. Für die Windenergieanlage SO-B/Wind wird das Maß der baulichen Nutzung am Bestand festgesetzt und redaktionell eingearbeitet.
<ul style="list-style-type: none"> Die textliche Festsetzung Nr. 4 beinhaltet, dass auf der in der Planzeichnung dargestellten freizuhaltenden Fläche bauliche Anlagen unzulässig sind. Dem Betrachter 	Kenntnisnahme, die Festsetzung Nr. 4 ist entbehrlich und entfällt.

Bebauungsplan „Windpark Kleeste“ der Gemeinde Berge
Entwurf Stand 26.06.2024

Stand 08.09.2025

Seite 7 von 39

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB (19.06.–20.07.2023)
sowie aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (09.06.2023–14.07.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	erschließt sich weder aus der Planzeichnung, noch aus der Festsetzung, um was für eine Freihaltefläche es sich konkret handelt. Die Eindeutigkeit ist durch die Angabe der Zweckbestimmung herzustellen.	
	2.3 Verfahrensvermerke <ul style="list-style-type: none"> Im Verfahrensvermerk „Ausfertigung“ wird inhaltlich die Ausfertigung und Genehmigung in einem zusammengefasst. Dies ist unzulässig, da der Hauptverwaltungsbeamte (Amtsdirektor) sich mit der Ausfertigung einer Planzeichnung nicht gleichzeitig selbst die erforderliche Genehmigung durch die Höhere Verwaltungsbehörde beurkunden kann. Satz 2 des Ausfertigungsvermerkes ist zu streichen. 	Kenntnisnahme, dem Hinweis wird gefolgt Der Verfahrensvermerk redaktionell angepasst
	VI. Sachbereich Wirtschaft und Infrastruktur Aus regionalplanerischer Sicht bestehen keine Bedenken.	Kenntnisnahme
4.	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK), Henning-von-Tresckow-Straße 2-13, 14467 Potsdam	Wünscht keine allgemeine Beteiligung mehr.
5.	Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung, Fehrbelliner Straße 4e, 16816 Neuruppin Stellungnahme vom 10.10.2024 per E-Mail	
	Hiermit teile ich Ihnen mit, dass keine uns betreffenden Belange vorliegen.	Kenntnisnahme
6.	Landesamt für Umwelt, Abteilung Technischer Umweltschutz 2, Seeburger Chaussee 2, 14476 Potsdam OT Groß Glienicke Stellungnahme vom 18.10.2024	
	die zum o. g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung werden für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Stellungnahmen der Fachabteilungen Immissionsschutz und Wasserwirtschaft übergeben. Eine Stellungnahme aus dem Fachbereich Naturschutz wird gesondert nachgereicht (Siehe E-Mail v. 10.10.2024). Bitte wenden Sie sich zu Fragen an den Fachbereich Naturschutz, Referat N1, Frau Kozłowski (Tel.: +49 33201 442-474).	Kenntnisnahme
	Fachabteilung Immissionsschutz 2. Fachliche Stellungnahme	

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB (19.06.–20.07.2023)
sowie aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (09.06.2023–14.07.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
X Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage	Kenntnisnahme
1. Sachstand Gegenstand der Stellungnahme ist der Entwurf (Stand 26.06.2024) des Bebauungsplans „Windpark Kleeste“ der Gemeinde Berge im Rahmen der Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 2 BauGB. Mit der Aufstellung des Bebauungsplans soll die Umsetzung der Ziele: Repowering/Rückbau von 8 WEA (WEA-R1 bis WEA-R8) und Errichtung von 5 neuen leistungsstärkeren WEA sowie Bestandssicherung der WEA-B4 planungsrechtlich gesichert werden. Die WEA-B1 bis WEA-B3 werden als Bestandsanlagen ohne Festsetzungen in den Plan übernommen. Sie sollen sukzessive stillgelegt und zurückgebaut werden.	Kenntnisnahme, die inhaltliche Aufzählung ist korrekt.
Zur Zielerreichung werden 6 Sonstige Sondergebiete mit der Zweckbestimmung „Windenergienutzung“ SO1-P/Wind bis SO5-P/Wind sowie SO-B/Wind festgesetzt. Am Standort der WEA SO5-P und WEA SO-B werden Sonstige Sondergebiete mit der Zweckbestimmung „Rotorüberstrich und Wald“ festgesetzt.	Kenntnisnahme, die inhaltliche Aufzählung ist korrekt.
Die Gemeinde Berge verfügt über keinen rechtswirksamen Flächennutzungsplan. Der qualifizierte Bebauungsplan wird im Regelverfahren aufgestellt.	Kenntnisnahme und Bestätigung
Das Plangebiet befindet sich etwa 600 m westlich der OL Kleeste und grenzt südlich, westlich und nördlich an die Landesgrenze von Mecklenburg-Vorpommern. Der Geltungsbereich umfasst in der Gemarkung Kleeste die Flurstücke der Flur 1, außer das Flurstück 25 und Teile des Flurstücks 1.	Kenntnisnahme und Bestätigung
2. Stellungnahme Der vorliegende Entwurf des Bebauungsplans wurde insbesondere nach den Grundsätzen des § 50 BImSchG i. V. m. § 1 Abs. 5 und Abs. 6 BauGB geprüft. Danach sind im Rahmen der städtebaulichen Planung Flächen oder Gebiete unterschiedlicher Nutzung einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen weitgehend vermieden werden. Mögliche schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des BImSchG können Lärm, Staub, Gerüche, Luftschadstoffe, elektromagnetische Felder, Licht etc. darstellen.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung
Von den im Plangebiet neu zu errichtenden sowie von den bestehenden WEA und weiteren WEA im Umfeld des Windparks gehen Emissionen insbesondere in Form von Schall und Licht (Schattenwurf) aus, die geeignet sind, in den angrenzenden schutzwürdigen Gebieten zu Überschreitungen von Grenz-, Richt- oder Orientierungswerten zu führen.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung

Bebauungsplan „Windpark Kleeste“ der Gemeinde Berge
Entwurf Stand 26.06.2024

Stand 08.09.2025

Seite 9 von 39

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB (19.06.–20.07.2023)
sowie aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (09.06.2023–14.07.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
<u>Schall</u> Die durch die planGIS GmbH, Podbielskistr. 70, 30177 Hannover, erstellte Schallimmissionsprognose (Revision 03), Projektnummer 4_21_059, vom 19.07.2023, kommt zusammenfassend zu dem Ergebnis, dass die geplante Errichtung von 5 WEA zu keiner bzw. keiner nennenswerten Überschreitung der Richtwerte im Tages- und Nachtzeitraum an den Immissionsorten führen wird.	Kenntnisnahme und Bestätigung
<u>Schattenwurf</u> Die ebenfalls durch die planGIS GmbH, Podbielskistr. 70, 30177 Hannover, erstellte Schattenwurfprognose (Revision 03), Projektnummer 4_21_059, vom 19.07.2023, kommt zusammenfassend zu dem Ergebnis, dass bei der Betrachtung der Gesamtbelastung der Grenzwert von 30 Minuten pro Tag an 44 von 58 Immissionsorten, der jährliche Grenzwert von 30 Stunden an 47 von 58 Immissionsorten überschritten wird. Dabei liegen die höchsten im Gebiet prognostizierten Schattenwurfzeiten am Immissionsort Q (Dorfplatz 5, Kleeste [Brandenburg]) mit 134:54 Stunden im Jahr und am Immissionsort BB (Platschower Str. 2, Brunow [Mecklenburg-Vorpommern]) mit 70 Minuten pro Tag. Daher kann das Vorhaben nur umgesetzt werden, wenn die neu zu errichtenden WEA mit einer entsprechenden Abschaltautomatik versehen werden.	Kenntnisnahme und Bestätigung. Eine Abschaltautomatik ist möglich sowie üblich und stellt deshalb kein Vollzugshindernis dar.
<u>Eisabwurf/Eisabfall</u> Von den WEA können allgemeine Gefahren in Form von Eiswurf und Eisfall ausgehen. Zur Beurteilung des standortspezifischen Gefährdungspotentials durch Eisabwurf/Eisabfall sind für die folgenden Genehmigungsverfahren Risikoanalysen durchzuführen, auszuwerten und ggf. entsprechende technische Maßnahmen festzusetzen.	Kenntnisnahme und Bestätigung. Solche Risikoanalysen und technische Maßnahmen sind möglich sowie üblich und stellen deshalb kein Vollzugshindernis dar.
<u>Baulärm</u> Auf Grund der Entfernung der geplanten WEA zu schutzwürdiger Bebauung gehe ich bei üblichen Lärmemissionen durch die Bautätigkeiten davon aus, dass im Tagbetrieb keine schädlichen Umwelteinwirkungen verursacht werden. Ein nächtlicher Baustellenbetrieb ist grundsätzlich nur mit separater Ausnahmegenehmigung auf der Grundlage des § 10 LImSchG möglich, in dessen Rahmen auch die Prüfung der Lärmimmissionen erfolgen würde.	Kenntnisnahme und Bestätigung, wenn erforderlich muss diese Baustellengenehmigung gesondert beantragt werden.
In einem relevanten Abstand zum Plangebiet befinden sich keine mir bekannten Anlagen, welche der 12. BImSchV unterliegen. Weitergehende Angaben zum Thema Störfall erübrigen sich somit.	Kenntnisnahme
<u>Umweltbericht</u> Den Ausführungen zu den für den Immissionsschutz relevanten Schutzgütern Mensch sowie Klima und Luft wird gefolgt. Die Ergebnisse der Schall- und Schattenwurfprognose wurden	Kenntnisnahme

Bebauungsplan „Windpark Kleeste“ der Gemeinde Berge
Entwurf Stand 26.06.2024

Stand 08.09.2025

Seite 10 von 39

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB (19.06.–20.07.2023)
sowie aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (09.06.2023–14.07.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
berücksichtigt.	
3. Fazit Mit dem Bebauungsplan werden zunächst dem Grunde nach die planungsrechtlichen Voraussetzungen für das Repowering 8 bestehender durch 5 neue WEA innerhalb des Plangebietes geschaffen. Durch das Vorhaben werden Konflikte hinsichtlich der Belange des Immissionsschutzes verursacht, welche jedoch lösbar sind. Hierbei handelt es sich um die Überschreitung der Grenzwerte für die maximale Beschattungsdauer an den maßgeblichen Immissionsorten. Diese Konflikte sind im Rahmen der nachgelagerten Genehmigungsverfahren nach BImSchG unter der Voraussetzung, dass die Anlagen mit einer Abschaltautomatik zu versehen sind, zu lösen. Somit kann dem Vorhaben hinsichtlich der hier zu vertretenden Belange des Immissionsschutzes zugestimmt werden.	Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Fachabteilung Immissionsschutz der Planung grundlegend zustimmen kann und kein Vollzugshindernis besteht.
Die vorliegende Stellungnahme verliert mit der wesentlichen Änderung der Beurteilungsgrundlagen ihre Gültigkeit. Das Ergebnis der Abwägung durch die Kommune ist entsprechend § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB mitzuteilen. Weiterhin wird um eine Anzeige zum Inkrafttreten des Planes bzw. die Erteilung der Genehmigung und die Zusendung der digitalen Planzeichnung mit den textlichen Festsetzungen, der Legende und der Verfahrensleiste an die E-Mail: TOEB@LfU.Brandenburg.de gebeten.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung
Fachabteilung Wasserwirtschaft 2. Fachliche Stellungnahme X Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage	Kenntnisnahme
Die wasserwirtschaftlichen Belange des LfU gemäß BbgWG § 126 Abs. 3, Satz 3 betreffend werden folgende Hinweise gegeben: 1. Grundsätzliche Hinweise zu den wasserwirtschaftlichen Belangen Im Plangebiet befinden sich mehrere Gewässer II. Ordnung. Die Pflicht der Unterhaltung obliegt nach § 79 Abs. 1 Nr. 2 BbgWG den Unterhaltungsverbänden. Der zuständige Unterhaltungsverband sollte beteiligt werden. Das Plangebiet schließt Gewässerrandstreifen ein. Das WHG enthält mit dem § 38 eine Vorschrift zum Schutz von Gewässerrandstreifen. Die Vorschrift regelt die Zweckbestimmung von Gewässerrandstreifen (Absatz 1), die räumliche Ausdehnung (Absätze 2 und 3) und die in den Gewässerrandstreifen geltenden Verbote (Absätze 4 und 5).	Kenntnisnahme, der zuständige Unterhaltungsverband ist der WBV „Prignitz“. Dieser hat mit Schreiben vom 15.10.2024 in seiner Stellungnahme neben den Hinweisen zu Abständen, die zwischen Standortplanung/ Wegeplanung und Wasserläufen einzuhalten sind, seine generelle Zustimmung gegeben.
2. Anforderungen der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) <i>(Rechtsgrundlage: siehe insbesondere BbgWG § 126 (3), Satz 3, Punkte 1, 2, 4)</i>	

Bebauungsplan „Windpark Kleeste“ der Gemeinde Berge

Entwurf Stand 26.06.2024

Stand 08.09.2025

Seite 11 von 39

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB (19.06.–20.07.2023)
sowie aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (09.06.2023–14.07.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
<p>2.1 Grundsätzliche Anforderungen der EU-WRRL - Planungsgrundlagen / EU-Berichterstattung</p> <p>Mit der Goldbeck und dem Kleester Grenzgaben befinden sich nach EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) berichtspflichtige oberirdische Gewässer im Plangebiet. Eine Relevanz der planerischen Festlegungen im Hinblick auf die Anforderungen der WRRL ist damit grundsätzlich möglich.</p>	<p>Kenntnisnahme, zu den nebenstehend genannten Gräben werden hinreichend Abstände eingehalten, eine Betroffenheit lässt sich daher nicht herleiten.</p>
<p><u>Rechtsgrundlagen und das Plangebiet betreffende EU-Berichterstattung</u></p> <p>Die Umweltziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) wurden in das WHG als Bewirtschaftungsziele für die Gewässer übernommen. Um diese Bewirtschaftungsziele zu erreichen, wurden - als Instrumente zur Umsetzung der WRRL - Maßnahmenprogramme nach § 82 WHG und Bewirtschaftungspläne nach § 83 WHG aufgestellt. Im Internet können die das Plangebiet betreffenden aktuellen Unterlagen der EU-Berichterstattung (Zeitraum 2022-2027) für den deutschen Teil der Flussgebietseinheit Elbe unter folgendem Link eingesehen werden: https://mluk.brandenburg.de/mluk/de/start/umwelt/wasser/gewaesserschutz-undentwicklung/bewirtschaftungsplaene-und-massnahmenprogramme/</p>	<p>Kenntnisnahme, die Rechtsgrundlagen, die Umweltziele sowie die Bewirtschaftungsziele der WRRL werden durch die Planung nicht tangiert.</p>
<p><u>Allgemein verfügbare Daten- und Planungsgrundlagen des LfU für das Plangebiet</u></p> <p>Zur Untersetzung dieser Maßnahmenprogramme werden im Land Brandenburg für oberirdische Gewässer Gewässerentwicklungskonzepte (GEK) erstellt. Das Plangebiet liegt in dem GEK-Gebiet „Löcknitz (Elbe), Rudower See, Alte Elde sowie Bekgraben, Schmaldiemen“. Dieses GEK liegt vor und der Endbericht kann unter https://www.wasserblick.net/servlet/is/87936/ (Regionalbereich West) nachgelesen werden. Wasserkörperspezifische Informationen können dem Kartendienst des Landes entnommen werden www.apw.brandenburg.de (Themen _ Wasserrahmenrichtlinie).</p>	<p>Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung. Die nebenstehenden Plangrundlagen wurden ausgewertet und beachtet. Eine Betroffenheit ist nicht festzustellen.</p>
<p><u>Anforderungen an planerische Festlegungen</u></p> <p>Bei den planerischen Festlegungen, die Auswirkungen auf die Erreichung der Bewirtschaftungsziele des genannten Wasserkörpers haben können, sind das Verschlechterungsverbot und das Zielerreichungsgebot nach WHG § 27 zu beachten. Aufgrund des Zielerreichungsgebotes dürfen die planerischen Festlegungen auch der Umsetzung künftiger Maßnahmen zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele nicht entgegenstehen. <i>Bezüglich spezifischer Anforderungen, die sich aus dem Verschlechterungsverbot bzw. dem Zielerreichungsgebot für die genannten oberirdischen Gewässer ergeben, wird auf Hinweise unter Punkt 2.2 (Gewässerentwicklung) verwiesen.</i></p>	<p>Kenntnisnahme, die nebenstehenden Anforderungen an planerische Festlegungen werden hinreichend beachtet. Eine Betroffenheit ist nicht gegeben.</p>
<p>2.2 Hinweise / Forderungen zur Gewässerentwicklung / Hydromorphologie Oberflä-</p>	

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB (19.06.–20.07.2023)
sowie aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (09.06.2023–14.07.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
chengewässer / zum Moorschutz <i>(Rechtsgrundlage: siehe insbesondere BbgWG § 126 (3), Satz 3, Punkte 2, 4)</i> Das Plangebiet beinhaltet Teilabschnitte der WRRL-berichtspflichtigen Fließgewässer Goldbeck und Kleester Grenzgraben. Der als Flurstücke ersichtliche Altverlauf der Gewässer bildet jeweils die Landesgrenze zu Mecklenburg-Vorpommern.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung
Die Standorte der bereits bestehenden Anlagen befinden sich mindestens im Abstand von 80 m zu den benannten Fließgewässern auf etwas höherem Gelände. Belange der WRRL sind damit unmittelbar nicht betroffen.	Kenntnisnahme
Zufahrtswege und Kabeltrassen sind aber so anzulegen, dass eine zukünftige Gewässerentwicklung nicht erschwert wird.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung, hierfür sind im Genehmigungsverfahren ggfl. gesonderte Genehmigungen einzuholen.
Ca. 90 % des B-Plangebietes umfassen ein ehemaliges Moorgebiet, dessen Torfauflage fast vollständig durch Entwässerung zersetzt wurde. Trotzdem sind hier temporär hohe Grundwasserstände nicht ausgeschlossen. Die zurückzubauenden Standorte WEA-R5 und R7 befinden sich lt. Moorkarte auf oder direkt am Rande tiefgründiger Moorböden. Die neue geplante Anlage SO3-P steht auf tiefgründigem Moorboden.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung
Wir fordern, den Standort durch Baugrunduntersuchungen auf Tauglichkeit hin zu prüfen. Zukünftig müssen hier oberflächennahe moorerhaltende torfschonende Wasserstände möglich sein und sollen durch die WKA nicht erschwert oder verhindert werden. <i>In der Stellungnahme ist hier ein Bild zur Übersicht/Lageeinordnung.</i>	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung, im Rahmen des nachfolgenden BImSch-Genemigungsverfahrens werden in Vorbereitung der Planumsetzung und Planung der erforderlichen Fundamentgründung entsprechende Baugrundgutachten vorgelegt.
Nachreichung Fachbereich Naturschutz Stellungnahme vom 16.12.2024 per E-Mail	
Fachabteilung Naturschutz 1. Einwendungen Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen) a) Einwendung	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung
1. Besonderer Artenschutz (§ 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG) Der BP bereitet vorliegend ein Repowering-Vorhaben in einem BP-Gebiet vor. § 45c BNatSchG kommt somit vorliegend zur Anwendung.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung
1.1 Geplantes Sondergebiet Wind 05 (SO 05) In der Gesamtheit ist im Falle des SO 05 mit mehreren Konflikten zu rechnen (Besonderer	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung

Bebauungsplan „Windpark Kleeste“ der Gemeinde Berge
Entwurf Stand 26.06.2024

Stand 08.09.2025

Seite 13 von 39

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB (19.06.–20.07.2023)
sowie aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (09.06.2023–14.07.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
<p>Artenschutz, Biotopschutz).</p> <p>Im Einzelnen: Das Sondergebiet (SO) 5 befindet sich in unmittelbarer Nähe (Nahbereich) des Rotmilans. Es werden darüber hinaus artspezifische Fluchtdistanzen² der Art (300 m) unterschritten: Der geplante Mastfuß der im SO 05 geplanten WEA 05 befindet sich nur ca. 80 m von einem Rotmilan-Brutplatz entfernt. Die WEA 05 liegt darüber hinaus in unmittelbarer Nähe und ebenfalls im Nahbereich von mindestens 3 weiteren (Wechsel-)Horsten eines langjährigen Brutpaares des Rotmilans. Dabei wird bei allen 4 Horsten auch die planerisch zu berücksichtigende Fluchtdistanz des Rotmilans (300 m) weit unterschritten (s. Abb. 4-1 des Avifauna-Gutachtens).</p>	<p>Der Sachverhalt wird seitens des Stellungnehmers unzutreffend bzw. missverständlich wiedergegeben. Zutreffend ist, dass von den vier vorhandenen Horsten immer nur ein Horst besetzt war, es sich insofern insgesamt um mehrere Wechselhorste handelt und lediglich ein Rotmilan-Brutpaar betroffen ist (vgl. ALAUDA, Fachbericht zu den avifaunistischen Untersuchungen bezüglich Arten nach BNatSchG und Windkraftherlass BB (TAK-Arten) mit Schwerpunkt Bestandssituation des Rotmilan im Bereich des geplanten Repowering im Windeignungsgebiet Kleeste (WEG 1), Landkreis Prignitz, Abb. 4-1: Rotmilan – Bruten und Wechselhorste 2021 bis 2023). Von den vier Horsten wurde einer durch einen Sturm zerstört und einer wurde zuletzt 2022 genutzt, sodass dieser nach Abschluss der Brutsaison 2025 nicht mehr betrachtungsrelevant ist (Angaben zum Schutz der Fortpflanzungs- und Ruhestätten der in Brandenburg heimischen europäischen Vogelarten, Fassung vom 15. September 2018).</p> <p>Zutreffend ist, dass sich der Rotmilan-Brutplatz im Nahbereich i.S.d. Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG von 500 m zum SO5-P Wind, aber auch zum SO3-P Wind und SO4-P Wind befindet.</p> <p>Soweit der Stellungnehmer darauf hinweist, dass die planerisch zu berücksichtigende artspezifische Fluchtdistanz von 300 m nach BERNOTAT (2017) unterschritten werde, ist festzuhalten, dass dieser im Brandenburger AGW-Erlass (MLUK, Erlass zum Artenschutz in Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen) keine Relevanz zugeschrieben wird. Zudem handelt es sich um eine durch menschliche Bewegungen / Störreize ausgelöste Fluchtdistanz (vgl. FFH-VP-Info), was nicht auf Windkraftanlagen im Betrieb ohne Weiteres übertragen werden kann, bei denen nur selten eine Wartung erfolgt (vergleichbar zu anderen menschlichen Nutzungen im Außenbereich).</p>
<p>Alle o.g. Horste wurden in einem Erlenbruchwäldchen nachgewiesen, welches unter gesetzlichem Biotopschutz steht und eine hohe Artenvielfalt auszeichnet (s.u.). In früheren Jahren gelangen hier u.a. auch Nachweise von Mäusebussard und Waldkauz.</p> <p>Es kommt damit durch den Bau der WEA 05 zur Auslösung des Verbotstatbestandes nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 3 BNatSchG (Tötungsverbot und Verbot der Beschädigung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten).</p>	<p>Für die planerische Bewertung ist relevant, was im Rahmen der umfangreichen Kartierungen erfasst wurde. Durch den Stellungnehmer nicht weiter belegte frühere Nachweise anderer Arten sind deshalb nicht relevant.</p> <p>Ein Vollzugshindernis für die Festsetzung des SO5-P Wind besteht nicht. Im nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren sind die seitens des Stellungnehmers angeführten Verbotstatbestände nicht betroffen, im Übrigen</p>

Bebauungsplan „Windpark Kleeste“ der Gemeinde Berge

Entwurf Stand 26.06.2024

Stand 08.09.2025

Seite 14 von 39

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB (19.06.–20.07.2023)
sowie aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (09.06.2023–14.07.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
<p>Der Nahbereich schlaggefährdeter Arten (§ 45b Absatz 2 BNatSchG) ist aufgrund der gesetzlichen Festlegung, dass hier ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko regelmäßig gegeben ist, grundsätzlich nicht für die Festlegung als SO für die Windenergienutzung in Betracht zu ziehen.</p>	<p>aber auch überwindbar.</p> <p>Soweit der Stellungnehmer auf das Schädigungsverbot des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG Bezug nimmt, wird einerseits übersehen, dass nach dem AGW-Erlass, der seitens des Stellungnehmers üblicherweise als verbindlich herangezogen wird, dieses Zugriffsverbot für den Rotmilan nicht benannt wird. Entscheidend ist jedenfalls, dass nach § 44 Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG das Zugriffsverbot des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG nicht vorliegt, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird. Angesichts der in ALAUDA, Fachbericht zu den avifaunistischen Untersuchungen bezüglich Arten nach BNatSchG und Windkrafterlass BB (TAK-Arten) mit Schwerpunkt Bestandssituation des Rotmilan im Bereich des geplanten Repowering im Windeignungsgebiet Kleeste (WEG 1), Landkreis Prignitz, Abb. I-5: Brut- und Nahrungsräume Rot- u. Schwarzmilan dargestellten diversen Bruträume bestehen ausreichend Ausweichmöglichkeiten für den Rotmilan.</p> <p>Weiter verkennt der Stellungnehmer, dass § 45b Abs. 2 BNatSchG durch § 45c Abs. 2 BNatSchG modifiziert wird und das Zugriffsverbot des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG nicht vorliegt.</p> <p>Schließlich lägen auch die Voraussetzungen einer artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG vor.</p>
<p>Der in Aufstellung befindliche Regionalplan Prignitz-Oberhavel beinhaltet das Vorranggebiet Wind VR WEN01 Kleeste, dessen öffentliche Auslegung im Dezember 2024 geplant ist. Hier ist das vorgesehene SO 05 nicht enthalten. Auf eine Erweiterung des bestehenden Windparks im Bereich des geplanten SO 05 soll auf regionalplanerischer Ebene aus naturschutzrechtlichen Gründen bewusst verzichtet werden. Hierzu gab es Abstimmungen zwischen der Regionalen Planungsgemeinschaft und dem LfU.</p> <p>Das SO 05 stellt eine Erweiterung des Windparks nach Nordosten dar, wobei der Abstand der auf Grünland geplanten WEA 05 zu einem Rotmilanrevier mit mindestens 4 bekannten Horsten, die sich im Abstand von unter 300 bzw. unter 100 m befinden (s.o.) besonders kritisch ist. Eine regelmäßige Frequentierung der geplanten Bauflächen durch das Brutpaar und die flüggen Jungvögel ist nicht zu vermeiden. Durch den Bau der WEA 05 würde sich der Gefährdungsraum für die in der unmittelbaren Umgebung seit Jahren brütenden Rotmilane deutlich erhöhen.</p> <p>Inwieweit es sich bei dem Brutpaar, das langjährig im Gutspark Kleeste ansässig war, um ein weiteres oder dasselbe (umgezogene) Paar handelt, ist noch zu klären (s.u.). Hinsichtlich dieses Brutplatzes befindet sich das SO 05 im zentralen Prüfbereich. Für zwei weitere Brut-</p>	<p>Es mag zutreffen, dass die Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel im bisherigen Entwurf des Sachlichen Teilplans "Windenergienutzung (2024)" im Vorranggebiet Windenergienutzung 01 Kleeste den Bereich um das SO5-P Wind aufgrund des Betreibens des LfU ausgespart hat. Hintergrund könnte dabei auch sein, dass die Erfahrungen der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel in der Vergangenheit war, dass ihr Plan durch das Ministerium aufgrund der Einwirkungen auch des LfU nicht genehmigt wurde. Das kann aber dahinstehen, weil jedenfalls § 249 Abs. 4 BauGB der Gemeinde als kommunale Planungsträgerin ermöglicht, auch über die Regionalplanung hinaus Windenergiegebiete vorzusehen. Die Gemeinde Berge stellt vorliegend auch kein Vollzugshindernis fest und wertet zudem angesichts der Möglichkeit des Repowerings das Interesse an der Erzeugung erneuerbarer Energien aus Windenergie höher als etwaige Artenschutzbelange.</p> <p>Hinsichtlich der vom Stellungnehmer angeführten 4 Horste wird auf die vorstehenden Ausführungen verwiesen, wonach es sich um Wechselhorste eines Brutpaares handelt.</p>

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB (19.06.–20.07.2023)
sowie aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (09.06.2023–14.07.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
<p>plätze, die eindeutig weiteren Rotmilan-Revieren zuzuordnen sind, befindet sich die WEA 05 im erweiterten Prüfbereich.</p>	<p>Soweit sich der Stellungnehmer auf ein langjähriges Brutpaar im Gutspark Kleeste bezieht, ist hierzu festzuhalten:</p> <p>In den Untersuchungsjahren 2021 bis 2023 wurden im Gutspark keine brütenden Rotmilane festgestellt, auch ist nicht klar, ob das „alte Paar“ in der früheren Konstellation überhaupt noch existent ist. – Brutplatzwahl und -verhalten sind insbesondere bei dieser Art nicht statisch, sondern sehr variabel. So wird bei der Nistplatzwahl interspezifischen Konkurrenten (Mäusebussard, Kolkrabe), insbesondere aber auch Prädatoren (u.a. Habicht) ausgewichen. – Das frühere Vorkommen im Gutspark Kleeste war vor den Kartierarbeiten bekannt; während der Kartierungen konnte dort kein Rm-Horst festgestellt werden.</p> <p>Im vorgegebenen Rahmen der Felderfassungen waren lediglich Ist-Zustände für das jeweilige Untersuchungsjahr zu ermitteln. Eine Darstellung der zeitlichen Dynamik von Brutbeständen des Rotmilans (oder der von anderen Arten) über mehrere Jahre ist dagegen nicht Bestandteil der Vorgaben und folglich auch nicht inhaltlicher Bestandteil des Fachgutachtens.</p>
<p>Weitere Konflikte bestehen beim SO 05 in Bezug auf die Biotopausstattung: Nach Osten und Süden unmittelbar an den geplanten Standort angrenzend befindet sich mit dem Erlenwäldchen, in dem die Horste festgestellt wurden, ein gesetzlich geschütztes Biotop, welches durch einen hohen Totholzanteil und besonderen Arten-/Individuenreichtum hinsichtlich der schlaggefährdeten Artengruppen Fledermäuse und Vögel gekennzeichnet ist (s. Punkt 2).</p>	<p>Bei den Untersuchungen zur Vorbereitung des Umweltberichts konnte gutachterlich kein besonderer Arten-/Individuenreichtum hinsichtlich der schlaggefährdeten Artengruppen Fledermäuse und Vögel festgestellt werden. Insofern handelt es sich seitens des Stellungnehmers um unbelegte Vermutungen, welche auch nicht abwägungsrelevant sind.</p>
<p>Fazit: <u>Der Ausweisung des SO 05 stehen artenschutzrechtliche Belange entgegen. Auf die Ausweisung des SO 05 ist zu verzichten.</u> Andernfalls wäre im BP-Verfahren in Bezug auf den Rotmilan in die Ausnahmelage hinein zu planen (s. auch meine Stellungnahme vom 14.07.23). Dies schließt die Darlegung der Alternativlosigkeit des Standorts ein (vgl. zu den Voraussetzungen Ziffer 2.7 des AGW-Erlasses). Hierzu teile ich mit, dass aus der Sicht von LfU, N1 die Ausnahmeveraussetzungen nicht vorliegen, da offensichtlich die Flächenziele des Windenergieflächenbedarfsgesetzes auch ohne das SO 05 erreicht werden. Auf Regionalplanebene bestehen ausreichend Alternativflächen.</p>	<p>Dem Fazit des Stellungnehmers wird nicht gefolgt. Die Festsetzung des SO5-P Wind stehen keine artenschutzrechtliche Belange entgegen. Es liegen damit keine Vollzugshindernisse vor. Wie vorstehend bereits ausgeführt, fehlt es an belastbaren sowie nachvollziehbaren Nachweisen zu anderen Arten. Mithin kann sich der Stellungnehmer allein auf den Rotmilan beziehen. Es ist zwar zutreffend, dass ein Rotmilan-Brutpaar im Nahbereich des SO5-P Wind, aber auch der SO3-P Wind und SO4-P Wind zu verorten ist. Allerdings dient der Bebauungsplan – wie auch von anderen Fachbereichen des Stellungnehmers zutreffend festgehalten – dem Repowering/Rückbau von 8 WEA (WEA-R1 bis WEA-R8) und Errichtung von 5 neuen leistungsstärkeren WEA sowie Bestandssicherung der WEA-B4. Vor dem Hintergrund des Planungsziels sowie dem Vorliegen der Voraussetzungen des § 16b Abs. 1 und 2 BImSchG im nachfolgenden Zulassungsver-</p>

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB (19.06.–20.07.2023)
sowie aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (09.06.2023–14.07.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p>fahren (die neue Anlage wird innerhalb von 48 Monaten nach dem Rückbau der Bestandsanlage errichtet und der Abstand zwischen der Bestandsanlage und der neuen Anlage beträgt höchstens das Fünffache der Gesamthöhe der neuen Anlage), wird § 45b Abs. 2 BNatSchG (signifikant erhöhtes Tötungs- und Verletzungsrisiko innerhalb des Nahbereichs) durch § 45c Abs. 2 BNatSchG als speziellere Vorschrift verdrängt. Demnach müssen die Auswirkungen der zu ersetzenden Bestandsanlagen bei der artenschutzrechtlichen Prüfung als Vorbelastung berücksichtigt werden und der Gesetzgeber zählt beispielhaft einige Aspekte auf.</p> <p>Im Rahmen der Planunterlage Stadt Land Fluss Hellweg & Höpfner PartG mbH, Naturschutzfachliches Gutachten zur Genehmigung eines Repoweringvorhabens nach § 45c BNatSchG i.V.m. § 16b BImSchG und Artikel 5 der EU-Notfallverordnung vom 22.12.2022, Kap. 4.4.3.1.2 wurde unter Heranziehung von Fachliteratur dargelegt sowie Daten, wieso es nach naturschutzfachlicher Bewertung des vorliegenden zuständigen Plangebers im Rahmen des Repowerings unter Berücksichtigung der fachlich anerkannten Schutzmaßnahme Abschaltung bei landwirtschaftlichen Bewirtschaftungsereignissen zu einer Senkung des Tötungs- und Verletzungsrisiko unterhalb der Signifikanzschwelle trotz Betroffenheit des Nahbereichs eines Rotmilan-Brutpaares kommt.</p> <p>Im Übrigen lägen, wenn artenschutzrechtliche Zugriffsverbote bestünden, zudem die Voraussetzungen einer artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG vor, sodass jedenfalls in zulässiger Weise in die Ausnahmelage hineingeplant wäre und der Bebauungsplan vollzugsfähig ist (Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, Urteil vom 12. Oktober 2010 – 3 S 1873/09 –, Rn. 58, juris):</p> <p>Es liegen die Ausnahmegründe des überragenden öffentlichen Interesses und der öffentlichen Sicherheit vor, nachdem der Betrieb von Windenergieanlagen durch die Festsetzungen ermöglicht wird (§ 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 Nr. 1 BNatSchG als Konkretisierung zu § 2 EEG 2023).</p> <p>Für die Prüfung von Standortalternativen kann nur das Plangebiet in Betracht kommen, weil nur in diesem Bereich der Planungszweck (Repowering/Rückbau von 8 WEA (WEA-R1 bis WEA-R8) und Errichtung von 5 neuen leistungsstärkeren WEA sowie Bestandssicherung der WEA-B4) erreicht werden kann. Dabei gingen in die Anordnung der Baufenster mehrere komplexe Überlegungen ein wie Turbulenzintensitäten, Abstände zur Wohnbebauung, Abstände zur 380-kV-Freileitung, Möglichkeit der Erschließung. Schließlich gilt nach dem anwendbaren (s.o.) § 45c Abs. 4 BNatSchG, dass abweichend von § 45b Abs. 8 Nr. 2 und 3 BNatSchG der</p>

Bebauungsplan „Windpark Kleeste“ der Gemeinde Berge
Entwurf Stand 26.06.2024

Stand 08.09.2025

Seite 17 von 39

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB (19.06.–20.07.2023)
sowie aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (09.06.2023–14.07.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p>§ 45 Abs. 7 Satz 2 BNatSchG für Repowering von WEA nach § 16b Abs. 1 und 2 BImSchG mit der Maßgabe anzuwenden ist, dass Standortalternativen in der Regel nicht zumutbar sind, es sei denn, der Standort liegt in einem Natura 2000-Gebiet mit kollisionsgefährdeten oder störungsempfindlichen Vogel- oder Fledermausarten. Dies übersieht der Stellungnehmer bei seinem Verweis auf den AGW-Erlass, obwohl Kap. 2.7.2 AGW-Erlass hierauf verweist. Damit ist vorliegend eine Standortalternative nicht zumutbar. Soweit sich der Stellungnehmer auf die Flächenziele und auf ausreichend Alternativflächen im Regionalplan bezieht, bewegt sich dessen Argumentation nicht innerhalb des vorgegeben Rechtsrahmens und verkennt zudem § 249 Abs. 4 BauGB.</p> <p>Eine technische Ausführungsalternative kann vorgesehen werden und wird – wie vorstehend ausgeführt – durch Anwendung der fachlich anerkannten Schutzmaßnahme Abschaltung bei landwirtschaftlichen Bewirtschaftungsereignissen fachgutachterlich vorgeschlagen.</p> <p>Es liegen auch die Voraussetzungen des § 45 Abs. 7 Satz 2 BNatSchG hinsichtlich des Erhaltungszustands vor, angepasst durch § 45b Abs. 8 Nr. 4 und 5 BNatSchG vor. Zum einen wird sich der Zustand der durch das Vorhaben jeweils betroffenen lokalen Population – hier des Rotmilanbrutpaares im Nahbereich – unter Berücksichtigung von Maßnahmen zu dessen Sicherung – hier der Abschaltung bei landwirtschaftlichen Bewirtschaftungsereignissen – nicht verschlechtern. Es bestehen mindestens zwei weitere Brutpaare, nach Auffassung des Stellungnehmers noch weitere darüber hinaus, in den Prüfbereichen des Vorhabens. Mithin verbleibt eine stabile lokale Population selbst für den unwahrscheinlichen Fall, dass das Brutpaar im Nahbereich trotz der Maßnahmen und der Reduzierung des Risikos durch das Repowering betroffen sein sollte. Im Übrigen liegen auch die Voraussetzungen des § 45b Abs. 8 Nr. 5 BNatSchG vor. Bereits Kap. 4.9 Anlage 1 zum AGW-Erlass zeigt, dass der Rotmilan nicht auf der Roten Liste in Brandenburg steht. Zudem ist die erwartete Entwicklung des bundesweiten Erhaltungszustands die Nicht-Verschlechterung (Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 21.06.2022, BT-Drs. 20/2354, S. 27 f.), sodass die artenschutzrechtliche Ausnahme in Verbindung mit der Regelung des § 45d Abs. 2 BNatSchG zu erteilen wäre. Angesichts der Nicht-Verschlechterung des Erhaltungszustands der lokalen Population (§ 45b Abs. 8 Nr. 4 BNatSchG) gilt dies aber lediglich sekundär.</p> <p>Aufgrund des Vorliegens der Ausnahmenvoraussetzungen – unterstellt es käme nach Prüfung der Zugriffsverbote im Rahmen des nachfolgenden Genehmigungsverfahrens zu einer Verwirklichung – wäre die Ausnahme nach § 45b Abs. 8 Nr. 6</p>

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB (19.06.–20.07.2023)
sowie aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (09.06.2023–14.07.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
<p>1.2 Brutvögel Defizite bei der Erfassung / Darstellung der Methodik / fehlende Unterlagen <i>- Horsterfassung</i> Die Beschreibung auf S. 7 unten des Fachberichts Rotmilans der bei der Erfassung der Greif- und Großvogelfauna angewandten Methode wirft Fragen auf. Offenbar mischt sich hier die Beschreibung der Methoden mit denen der allgemeinen Brutvogelerfassung. Auch im Kapitel 3.2. (Horsterfassung) auf S. 8 fehlt eine ausreichende Methodenbeschreibung. Ausgeführt wurde lediglich,</p> <ul style="list-style-type: none"> - dass sich die Erfassung in 2022 „vor allem“ <i>auf die bereits 2021 erfassten Horste bezog</i>. Die erforderliche Erfassung aller Horste fand demnach 2022 und 2023 nicht statt. Die Erfassung aus dem Jahr 2021 ist - sofern vollständig (? , s.u.) - 3 Jahre gültig, wäre also spätestens 2025 zu aktualisieren. - dass sich die Erfassung „hauptsächlich“ <i>auf die Feldgehölze im Offenland und die Waldränder sowie auf gezielte Suchen bei Verdachtsmomenten bezog</i>. Dies ist nicht ausreichend. Es sind alle geeigneten flächigen Waldbestände engmaschig flächendeckend abzusuchen (vgl. AGW-Erlass, Anl. 2). Die Begehungsdichte ist dabei insbesondere vom Bestand (Einsehbarkeit) und Witterung/Tageszeit abhängig. Die „Waldränder“ (als bevorzugte Horststandorte einiger Arten sind genauer zu definieren. 	<p>BNatSchG zu erteilen.</p> <p>Die Zweifel, die der Stellungnehmer versucht an der Horsterfassung zu erwecken, tragen nicht. Der Stellungnehmer setzt sich nicht hinreichend mit den Planunterlagen auseinander. An den seinerseits zitierten Fundstellen wird u.a. ausgeführt: „Die Greif- u. Großvogelfauna wurde in Anlehnung an SÜDBECK et al. (2005) flächendeckend während der Brutperiode 2022 tagsüber und mittels Dämmerungs- bzw. Nachtdurchgängen erfasst. [...]“ Die Untersuchungen für Großvögel umfassten Horstsuchen in einem 6.000 m Korridor um die Standortflächen. Vor allem die 2021 kartierten Horste wurden auch in den folgenden Jahren gezielt auf Besatz kontrolliert.“ Die Behauptung des Stellungnehmers, es habe 2022 keine Erfassung aller Horste stattgefunden und es seien nicht alle Habitate erfasst, geht angesichts dieser eindeutigen Aussage ins Leere. „Vor allem“ bedeutet nicht „Ausschließlich“.</p> <p>Die Horsterfassungen entsprechen den Vorgaben nach Erlass von 2018 und dem AGW-Erlass, aber auch den Methodenstandards zur Erfassung der Brutvögel Deutschlands (Südbeck et al. 2005, resp. 2025). Während aller Termine sind Horstkontrollen durchgeführt und dokumentiert worden.</p> <p>Die Erfassungen erfolgten in allen potentiellen Bruthabitaten, also auch in den Parks und Wäldern in ausreichender räumlicher Auflösung und zeitlicher Frequenz, um alle potenziellen und besetzten Horste im Eingriffsgebiet und vorgegebenen Pufferzonen zu erfassen.</p> <p>Schließlich ist festzuhalten, dass die Erfassung für die Bauleitplanung immer nur eine Momentaufnahme zur Feststellung möglicher Konflikte mit Umweltbelangen darstellen kann. Es kann insofern nicht die Datenaktualität wie für ein Genehmigungsverfahren gefordert werden. Dies kann aber dahinstehen, weil auch diese zum Zeitpunkt des Abwägungsbeschlusses vorliegt.</p>
<p>Lauf- und Fahrstrecken bei der Horsterfassung zur besseren Nachvollziehbarkeit wurden im Avifauna-Gutachten nicht dargestellt. Es sind alle geeigneten flächigen Waldbestände engmaschig flächendeckend abzusuchen (vgl. AGW-Erlass, Anl. 2). Die Begehungsdichte ist dabei insbesondere vom Bestand (Einsehbarkeit) und Witterung/Tageszeit abhängig. Hierzu bedarf es noch einer Klarstellung, ggf. auch einer Nacherfassung.</p>	<p>Eine entsprechende Dokumentation ist für Brutvogel- und Horsterfassungen weder im Erlass von 2018 noch im AGW-Erlass gefordert, sondern ausschließlich für Zug- und Rasterfassungen (s. a. Windkrafterlasse 2018, resp. 2023). Aufgezeichnet (obwohl nicht erforderlich) wurden während der Brutvogelerfassungen die Fahrtstrecken, nicht aber die Begehungstransekte. – Die Erfassung der</p>

Bebauungsplan „Windpark Kleeste“ der Gemeinde Berge
Entwurf Stand 26.06.2024

Stand 08.09.2025

Seite 19 von 39

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB (19.06.–20.07.2023)
sowie aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (09.06.2023–14.07.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
<p>Auch im Umweltbericht sind keine ausreichenden Aussagen bzgl. der Methode der Horsterfassung enthalten. Es ist darzustellen, an welchen Tagen und Zeiten, in welchen Beständen und von wem die Horsterfassung durchgeführt wurde.</p> <p>Lauf- und Fahrstrecken zur besseren Nachvollziehbarkeit der Horsterfassung wurden im Avifauna-Gutachten ebenfalls nicht dargestellt. Hierzu bedarf es einer Klarstellung, ggf. auch einer Nacherfassung.</p> <p>Die Abb. 4-1 (Rotmilan – Bruten und Wechselhorste 2021 bis 2023) enthält offensichtlich relevante Informationen (Zahlen in gelben Kästchen), deren Bedeutung weder in der Legende noch im Text erklärt werden. Die Abb. 4-1 ist zudem sehr unübersichtlich (u.a. kaum Unterscheidung der Farben 2021 und 2022 möglich). Erforderlich ist eine Aufschlüsselung, welcher Horst (textlich mit Nummern oder auf der Karte) in welchem Jahr besetzt war.</p> <p>Der genaue Abstand des der Unterlage zufolge mindestens im Jahr 2023 vom Rotmilan besetzten Horstes im südlich unmittelbar an die WEA 05 angrenzenden Erlenbruchwäldchen wird trotz der im April 2024 erfolgten GPS-Einmessung in der Unterlage nicht angegeben, ich schätze ihn auf nur ca. 80 m (minus 36 m Rotorradius). Dasselbe gilt für die anderen Rotmilan-Horste in diesem Wäldchen.</p>	<p>Horste erfolgte flächendeckend, wobei als wichtigstes Kriterium die vollständige Einsichtbarkeit der kontrollierten Habitate wesentlich war.</p> <p>Die Erfassungen erfolgten in allen drei Untersuchungsjahren zwischen Februar bis Juli an jeweils 10-15 Terminen. Dies ist auch den einzelnen Fachberichten zu entnehmen (s. Tabellen in den einzelnen Fachberichten zur Übersicht Erfassungstermine)</p> <p>Im Anhang zu Fachbericht sind Symbole, Farben, Nummerierung etc. in der Legende ausführlich erklärt (ANHANG Horste Rotmilan, Abb. 1). Die gleiche Abbildung ist auch im Textbericht vollständig vorhanden (Abb. 4 1: Rotmilan – Schwerpunktverhalten Bruten und Wechselhorste 2021 bis 2023).</p> <p>Darüber ist auch die „Aufschlüsselung“ zu erkennen.</p>
<p>Die auf S. 10 des Fachberichts Rotmilan angeführte Tabelle 3-3 habe ich nicht gefunden.</p>	<p>Wir danken für den Hinweis des Stellungnehmers. Es handelt sich um einen Schreibfehler und die Angabe wurde korrigiert in: Tab. 3-2. Aus der Beschreibung in der Bezugnahme ist aber auch erkennbar, dass es sich um diese Tabelle handeln muss.</p>
<p>Im Ergebnis der erforderlichen Überarbeitung der Unterlagen und der ggf. erforderlichen Nachkartierung (s.o.) ist zu analysieren und zu begründen, ob sich klar herausstellen lässt, welche/wie viele Reviere sich in artenschutzrechtlich relevanten Abständen zu den geplanten WEA befinden.</p>	<p>Wie schon beschrieben, sind Abläufe in der belebten Natur, insbesondere bei Vögeln, äußerst heterogen. Die Verhältnisse können sich in Abhängigkeit sowohl von abiotischen als auch biotischen Faktoren von Jahr zu Jahr ändern.</p> <p>Allerdings entsprechen die erfolgten Erfassungen den methodischen Standards und sind ausreichend, um die Umweltbelange zu gewichten und Vollzugshindernisse ausschließen zu können. Es ist keine Nachkartierung erforderlich und der Umweltbericht unter Bezugnahme auf die Fachgutachten ist ausreichend.</p>
<p>Mindestens die SO 03, SO 04 und SO 05 liegen im Nahbereich von in den letzten Jahren besetzten Horsten des im SO 5 befindlichen Rotmilan-Brutpaares.</p> <p>Darüber hinaus liegen alle geplanten WEA in zentralen Prüfbereichen von 1-2 Rotmilan-Brutplätzen.</p>	<p>Die Beschreibung des Sachverhalts ist zutreffend und entspricht den Planunterlagen.</p>
<p>Über die betrachteten Reviere westlich und nördlich des Windparks hinaus ist i.R. von Kartierungen zu Windkraftplanungen ein östlich des WP gelegener Brutplatz bekannt: Der Guts- park Kleeste – ein langjähriger Brutplatz des Rotmilans, bei dem 3 WEA im zentralen Prüfbere-</p>	<p>In den Untersuchungsjahre 2021 bis 2023 wurden im Guts- park keine brütenden Rotmilane festgestellt, auch ist nicht klar, ob das „alte Paar“ in der früheren Konstel- lation überhaupt noch existent ist. – Brutplatz und -verhalten sind insbesondere bei</p>

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB (19.06.–20.07.2023)
sowie aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (09.06.2023–14.07.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
<p>reich liegen (z.B. Abstand von rund 750 m zur geplanten WEA 4) – wurde der o.g. Beschreibung der untersuchten Bestände sowie der Karte <i>Anhang Horste Rotmilan</i> zufolge offenbar nicht untersucht.</p> <p>Zwar wurde die Datenabfrage seitens der SVSW wurde bis zur Erstellung der Unterlagen (laut Fachbericht Rotmilan bis 30.09.23) nicht beantwortet, allerdings wurde Ihnen der Brutplatz per Stellungnahme vom 14.07.23 mitgeteilt: „Im Gutspark Kleeste sowie östlich der mecklenburg-vorpommerschen Ortschaft Dambeck befindet sich jeweils ein langjährig bekannter Brutplatz des Rotmilans. Zudem ist (süd)östlich des geplanten SO4-P ein Brutrevier des Schwarzmilans bekannt. Hier sind ggf. zentrale Prüfbereiche beider Arten und ein Nahbereich des Schwarzmilans (SO4-P) betroffen. Dies ist im Rahmen der Bestandserfassungen (s. Pkt. 2b - Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung) und der artenschutzrechtlichen Prüfung besonders zu berücksichtigen. Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass im LfU keine flächendeckenden Daten vorliegen, eine Betroffenheit weiterer relevanter Nah-/Prüfbereiche sowie die Unterschreitung artspezifischer Fluchtdistanzen (z.B. des Mäusebussards durch SO5-P) ist möglich.“ Sofern keine aktuelle Kartierung von Greifvogelhorsten im Gutspark Kleeste vorgelegt wird, ist im Sinne eines Worst case-Ansatzes von der Besetzung des Brutplatzes / -reviers auszugehen.</p>	<p>dieser Art nicht statisch, sondern variabel. So wird bei der Nistplatzwahl interspezifischen Konkurrenten (Mäusebussard, Kolkrabe), insbesondere aber auch Prädatoren (u.a. Habicht) ausgewichen. - Das frühere Vorkommen im Gutspark Kleeste war vor den Kartierarbeiten bekannt; während der Kartierungen konnte dort jedoch kein Rm-Horst festgestellt werden.</p> <p>Unabhängig davon würden selbst beim Vorliegen eines Brutplatzes keine Vollzugshindernisse ausgelöst werden. Durch die gutachterlich bereits vorgeschlagene fachlich anerkannte Schutzmaßnahme Abschaltung bei landwirtschaftlichen Bewirtschaftungsereignissen wird nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 BNatSchG die signifikante Risikoerhöhung im zentralen Prüfbereich hinreichend gemindert.</p> <p>Ein Nahbereich des Schwarzmilans ist nicht betroffen. Im Übrigen würden aber auch mit denselben Ausführungen wie zum Rotmilan (s.o.) Vollzugshindernisse sicher ausgeschlossen werden.</p> <p>Für Mäusebussard gibt es artenschutzrechtlich kein Prüferfordernis (§ 45b i.V.m. Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG) Es besteht insofern auch kein „Nah-/Prüfbereich“.</p>
<p>Inwiefern die wegen der Lage unmittelbar an der Landesgrenze erforderliche (s. Stellungnahme vom 14.07.23) Datenabfrage beim LUNG in Mecklenburg-Vorpommern erfolgt ist, ist der Unterlage nicht zu entnehmen.</p>	<p>Es erfolgten für die Bauleitplanung zur Bewertung der Umweltbelange hinreichende fachgutachterliche Erfassungen der Brutvögel.</p>
<p>- Brutvögel</p> <p>In der Abb. I-3 der Unterlage <i>Anhang I: Brutvogelkartierung – Untersuchungszeitraum März bis August 2021 (in Teilen überarbeitet April 24)</i> fehlt eine Legende sowohl für die rote und blaue Linie als auch die Artkürzel.</p> <p>Da alle Unterlage als eigenes PDF vorliegen und wegen fehlender Bezeichnung ist nicht nachvollziehbar, zu welcher Unterlage die Anhänge Anhang I und II gehören (vermutlich zum Fachbericht des Büros <i>Alauda</i>, dort ist im Inhaltsverzeichnis aber kein Anhang angegeben).</p>	<p>Der Hinweis des Stellungnehmers kann wie folgt beantwortet werden: rote Linie = 300 m Abstand zu geplanten WEAs, blaue Linie = Untersuchungs- bereich übrige Brutvogelarten (mind. 500 m Abstand) Die Artkürzel u. Legende sind dem Textbericht zu entnehmen (Tab. 4 1: Brutvogel- arten mit Abkürzungen, Gefährdung, Schutzstatus und Anzahl der Reviere im Be- reich bis 300 m (rot) resp. bis 500 m (blau)). Dass die Anhänge I und II zum Fachbericht Brutvögel gehört, ergibt sich aus der numerischen Bezeichnung der Dateinamen (1.2.1, 1.2.2, 1.2.3).</p>
<p>Beeinträchtigungen von Gehölzen</p> <p>Es fehlen in den Unterlagen Aussagen (baumkonkret) zu Fortpflanzungs- und Ruhestätten, insbesondere zu Höhlenbrütern und Fledermäusen bei dem/den zu fällenden bzw. zu beschneidenden Gehölz/ en (vgl. AGW-Erlass, Anl. 2, Nr. 3.2). Es ist auf Ebene der Bebauungsplanung zu klären, inwieweit der Verbotstatbestand des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG</p>	<p>Die Vollzugsfähigkeit ist nicht in Frage gestellt, weil selbst bei der Betroffenheit von Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Höhlenbrütern und Fledermäusen i.S.d. § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG jedenfalls eine Zulässigkeit des Vorhabens nach § 44 Abs. 5 Satz 1 und 2 Nr. 3, Satz 3 BNatSchG im Rahmen des nachfolgenden Ge-</p>

Bebauungsplan „Windpark Kleeste“ der Gemeinde Berge
Entwurf Stand 26.06.2024

Stand 08.09.2025

Seite 21 von 39

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB (19.06.–20.07.2023)
sowie aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (09.06.2023–14.07.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
(Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten) von der Planung betroffen ist und ob die Vollzugsfähigkeit des BP gewährleistet werden kann.	<p>Genehmigungsverfahren sichergestellt werden kann. Sofern nicht bereits Ausweichhabitate vorliegen, könnten jedenfalls über CEF-Maßnahmen Ersatzhabitate geschaffen werden.</p> <p>Auf diesen Aspekt wird nachfolgend eingegangen.</p>
<p>Wenn die beeinträchtigten Gehölzstrukturen (hier nur Dorngehölz/Robinie?) keine Höhlen (Höhlenpotenzial) / Fortpflanzungs- und Ruhestätten aufweisen (Negativ-Nachweis), so ist auch dies explizit mitzuteilen.</p> <p>Die zur Fällung/Rückschnitt vorgesehenen Bäume sind also noch auf das Vorhandensein von wieder genutzten Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Vögeln und Fledermäusen zu untersuchen. Die Erfassungsergebnisse sind in Text und Karte darzustellen.</p> <p>Eine Verlagerung der Problematik auf das spätere Genehmigungsverfahren nach BImSchG ist keine rechtlich korrekte Vorgehensweise.</p> <p>Erst nach Überarbeitung der Unterlagen ist eine Beurteilung möglich.</p>	<p>Im Rahmen der FuR-Untersuchungen gemäß Anlage 3 der 1. Fortschreibung des AGW-Erlasses vom 25. Juli 2023 sind im Gefährdungsbereich sowie der Pufferzonen sämtliche potenziellen Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Fledermäusen (und somit auch Vögeln) kartiert und sowohl hinsichtlich geografischer Lage (Koordinaten) als auch jeweiliger Eigenschaften gemäß der Vorgaben der AGW-Anlage Nr. 3 (Prüfschritte 1 und 2) exakt und ausführlich dokumentiert worden. Im Umkehrschluss sind alle übrigen in den Eingriffsbereichen befindlichen Vegetationsstrukturen hinsichtlich FuR unkritisch und bedarf entsprechend der Vorgaben daher - zumindest im Fachgutachten zu den FuR Fledermäuse - keiner expliziten Negativnachweise.</p> <p>Dies ist zudem ausreichend, um kein Vollzugshindernis für die Planung anzunehmen. Ergänzend ist festzuhalten, dass eine im nachfolgenden Genehmigungsverfahren festgestellte Betroffenheit einer Fortpflanzungs- und Ruhestätte in jedem Fall – sofern die ökologische Funktion nicht schon aufgrund weiterer Habitatpotenziale im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird (§ 44 Abs. 5 Satz 1 und 2 Nr. 3 BNatSchG) – durch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen / CEF-Maßnahmen (§ 44 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG) bewältigt werden kann.</p> <p>Eine Überarbeitung der Planunterlagen ist unter keinem vom Stellungnehmer benannten Gesichtspunkt erforderlich.</p>
<p>Vogelarten nach § 45b BNatSchG, Anl. 1, bzw. nach AGW-Erlass, Anl. 1</p> <p>Gemäß der o.g., ggf. unvollständigen avifaunistischen Erfassung der Jahre 2021-23 und den mitgeteilten Daten kommen folgende Vogelarten nach § 45b BNatSchG, Anlage 1, bzw. nach AGW-Erlass, Anlage 1 vor:</p>	<p>Zu den Tatsachenfeststellungen und ggf. abweichenden Auffassungen der einzelnen Brutplätze gegenüber den Annahmen des Stellungnehmers, der nicht selbst Erfassungen vorgenommen hat, wird auf die vorstehenden Ausführungen verwiesen.</p> <p>Auch die Planunterlagen (Stadt Land Fluss Hellweg & Höpfner PartG mbH, Naturschutzfachliches Gutachten zur Genehmigung eines Repoweringvorhabens nach § 45c BNatSchG i.V.m. § 16b BImSchG und Artikel 5 der EU-Notfallverordnung vom 22.12.2022, Kap. 4.3.2.1.1, Tabelle 6) gehen im Ergebnis jedenfalls davon aus, dass die SO3-P Wind, SO4-P Wind und SO5-P Wind im Nahbereich eines Rotmilanbrutpaares, die SO1-P Wind und SO2-P Wind im Zentralen Prüfbereich mind. eines Rotmilanbrutpaares und SO1-P Wind bis SO5-P Wind im Erweiterten Prüfbereich</p>

Bebauungsplan „Windpark Kleeste“ der Gemeinde Berge
Entwurf Stand 26.06.2024

Stand 08.09.2025

Seite 22 von 39

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB (19.06.–20.07.2023)
sowie aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (09.06.2023–14.07.2023)

Hinweise und Anregungen				Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
Art / Abstandsbereiche	Nahbereich	Zentraler Prüfbereich	Erweiterter Prüfbereich	reich mind. eines Rotmilanbrutpaares liegen. Insofern besteht nur der Dissens, wie viele Rotmilanbrutpaare betroffen sind, nicht aber hinsichtlich der Lage in den Nah- und Prüfbereichen. Weiter gehen auch die Planunterlagen von einer Betroffenheit des Weißstorchs im Erweiterten Prüfbereich aus.
Weißstorch (mehrere Brutreviere)	-	-	X	
Rotmilan 1 (unmittelbar an geplantem Standort WEA 05, außerhalb WEG)	SO 3, 4, 5, ggf. SO 2	SO 1, ggf. SO 2	Alle 5 SO	
Rotmilan 2 (östlich von Dambeck, M-V)	-	SO 1	Alle 5 SO	
Rotmilan 2021 (1.650 m nordwestlich des WEG laut Abb. I-4 des Avifaunagutachtens)	-	SO 1	Alle 5 SO	
Brutplatz Gutspark Kleeste (ggf. = Rotmilan 1*) (*es fehlen ausreichende Aussagen inwieweit eine Untersuchung bzgl. Besatz in den letzten Jahren stattgefunden hat)		SO 3, SO 4, SO 5	SO 1, SO 2	
Für mehrere Brutplätze des Rotmilans bestehen Anhaltspunkte, dass das Tötungs- und Verletzungsrisiko signifikant erhöht ist.				In Übereinstimmung mit den gesetzlichen Regelungen der §§ 45b, 45c BNatSchG ist kein signifikant erhöhtes Tötungs- und Verletzungsrisiko in Bezug auf den Rotmilan anzunehmen, weil jedenfalls fachlich anerkannte Schutzmaßnahmen zu einer Senkung unter die Signifikanzschwelle führen und eine Verbesserung durch das Repowering eintritt. Hinsichtlich der Betroffenheit des Nahbereichs wird auf die vorstehenden umfangreichen Ausführungen Bezug genommen. Hinsichtlich der Betroffenheit von Zentralem Prüfbereich und Erweiterten Prüfbereich gilt jedenfalls bzw. erst recht nach § 45b Abs. 3 Nr. 2, § 45b Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 BNatSchG, dass durch die auch fachgutachterlich empfohlenen Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen die Risikoerhöhung hinreichend gemindert wird. Selbst wenn ein signifikant erhöhtes Tötungs- und Verletzungsrisiko trotz Berücksichtigung des Repowerings bestünde, so liegen jedenfalls die Voraussetzungen einer artenschutzrechtlichen Ausnahme vor, was vorstehend bereits ausgeführt wurde und worauf Bezug genommen wird.
Repowering				Es ist zutreffend, dass die artenschutzrechtliche Bewertung unter Berücksichtigung

Bebauungsplan „Windpark Kleeste“ der Gemeinde Berge

Entwurf Stand 26.06.2024

Stand 08.09.2025

Seite 23 von 39

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB (19.06.–20.07.2023)
sowie aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (09.06.2023–14.07.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
<p>Die artenschutzrechtliche Prüfung erfolgt im anschließenden Genehmigungsverfahren gemäß § 45c Abs. 2 BNatSchG. Daher ist dieser Prüfmaßstab auch auf B-Plan-Ebene zugrunde zu legen. Für den Rotmilan ist eine „Delta-Betrachtung“ der artenschutzrechtlichen Verbote nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 i.V.m. § 44 Abs. 5 BNatSchG im Verhältnis von genehmigtem Zustand und dem Repowering-Vorhaben durchzuführen.</p> <p>Es werden 8 WEA mit einer Gesamthöhe von 134 m, einem Rotordurchgang von 62 m und einer Rotorfläche von rund 4.000 m² zurückgebaut.</p>	<p>des § 45c Abs. 2 BNatSchG zu erfolgen hat, was die bereits nach § 45b BNatSchG geltende Bewertung weiter abschwächen kann.</p>
<p>Die neuen WEA haben eine Gesamthöhe von 250 m, einen Rotordurchgang von 88 m und eine Rotorfläche von rund 20.100 m².</p> <p>Nach § 45c Abs. 2 BNatSchG sind dabei insbesondere folgende Umstände einzubeziehen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Anzahl, die Höhe, die Rotorfläche, der Rotordurchgang und die planungsrechtliche Zuordnung der Bestandsanlagen, 2. die Lage der Brutplätze kollisionsgefährdeter Arten, 3. die Berücksichtigung der Belange des Artenschutzes zum Zeitpunkt der Genehmigung und 4. die durchgeführten Schutzmaßnahmen. 	<p>Die Wiedergabe von möglichen WEA-Typen sowie dem Gesetzestext wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>Soweit die Auswirkungen der Neuanlagen unter Berücksichtigung der gebotenen, fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen geringer als oder gleich sind wie die der Bestandsanlagen, ist davon auszugehen, dass die Signifikanzschwelle vorliegend nicht überschritten wird.</p> <p>Die vorliegend durchgeführte Delta-Betrachtung (s. S. 40 f des Naturschutzfachlichen Gutachtens) in Verbindung mit der geplanten Vermeidungsmaßnahme V3 (Abschaltung nach Bewirtschaftungsereignissen) ergibt für die SO 1 bis SO 04, dass das Tötungsrisiko für den Rotmilan durch den Bau der 4 WEA nicht erhöht wird. In Bezug auf das SO 05 liegt keine Vorbelastung vor. Aus den bereits dargestellten Gründen ist von einem signifikant erhöhten Tötungsrisiko und dem Eintreten artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände auszugehen.</p>	<p>Es besteht ein Konsens mit dem Stellungnehmer hinsichtlich der Delta-Betrachtung der SO1-P Wind bis SO4-P Wind.</p> <p>Allerdings verkennt der Stellungnehmer, dass auch hinsichtlich des SO5-P Wind diese Deltabetrachtung zutrifft und greift. Der Gesetzgeber hat die Anwendung der Delta-Betrachtung von der Anwendung des § 16b Abs. 1 BNatSchG abhängig gemacht, dessen Voraussetzungen vorliegen. Zudem ist es fachlich unzutreffend, dass hinsichtlich des SO5-P Wind keine Vorbelastung vorliege. Vielmehr wurde in der Planunterlage Stadt Land Fluss Hellweg & Höpfner PartG mbH, Naturschutzfachliches Gutachten zur Genehmigung eines Repoweringvorhabens nach § 45c BNatSchG i.V.m. § 16b BImSchG und Artikel 5 der EU-Notfallverordnung vom 22.12.2022, Kap. 4.4.3.1.2 dargelegt, dass sich bereits aktuell im Nahbereich mehrere WEA befinden, durch die Änderungen im Nahbereich durch das Repowering aber das Risiko reduziert werden kann. Eine Differenzierung innerhalb des Nahbereichs, wie dies der Stellungnehmer vornehmen möchte, ist nach der gesetzlichen Wertung nicht vorgesehen. Die Einzelheiten zur Differenz bzgl. Ist-Zustand und zukünftig planerisch zulässigem Zustand wurden dann gutachterlich unter Heranziehung von Fachliteratur bewertet. Der Stellungnehmer setzt sich damit nicht auseinander.</p> <p>Es bleibt dabei, dass auch hinsichtlich des SO5-P Wind nach § 45c Abs. 2</p>

Bebauungsplan „Windpark Kleeste“ der Gemeinde Berge
Entwurf Stand 26.06.2024

Stand 08.09.2025

Seite 24 von 39

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB (19.06.–20.07.2023)
sowie aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (09.06.2023–14.07.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	BNatSchG kein signifikant erhöhtes Tötungs- und Verletzungsrisiko aufgrund der Verbesserung im Rahmen des Repowerings anzunehmen ist. Damit besteht kein Vollzugshindernis. Hilfsweise lägen die Voraussetzungen einer artenschutzrechtlichen Ausnahme vor (s.o.).
Fazit: <u>SO 1 bis SO 04</u> Der artenschutzrechtlichen Einschätzung wird in Bezug auf die geplanten Festsetzungen der SO 1 bis SO 4 unter Berücksichtigung der vorgesehenen Schutzmaßnahme gefolgt.	Es wird zur Kenntnis genommen, dass ein Konsens mit dem Stellungnehmer hinsichtlich der artenschutzrechtlichen Einschätzung zu den SO1-P Wind bis SO4-P Wind besteht.
<u>SO 5</u> Im Sinne der Vermeidung ist eine Streichung von Sondergebiet S05 erforderlich.	Eine Streichung SO5-P Wind ist nicht erforderlich. Ein Vollzugshindernis liegt nicht vor.
In diesem Sinne sind die BP-Unterlagen zu überarbeiten.	Eine Überarbeitung der Planunterlagen ist nicht erforderlich.
<u>Weißstorch</u> : Eine artenschutzrechtliche Betroffenheit beim Weißstorch (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG, „Tötungsverbot“) ist aufgrund der Lage des Horststandortes nicht anzunehmen (vgl. § 45b Abs. 4 BNatSchG; erweiterter Prüfbereich). Allerdings weist das Vorhabengebiet (WEA auf Grünland) eine besondere Bedeutung als Nahrungsfläche oder Flugkorridor zu möglichen Nahrungsflächen für den Weißstorch auf.	Die bisherigen Beobachtungen weisen darauf hin, dass Nahrungsflächen und Flugkorridore außerhalb bestehender und geplanter Standorte liegen. Der Stellungnehmer kommt seiner Nachweispflicht der deutlichen Erhöhung der Aufenthaltswahrscheinlichkeit des Weißstorchs im Plangebiet nicht nach, was auch den Beobachtungen widerspricht. Dies genügt nicht den gesetzlichen Anforderungen nach § 45b Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG. Im Übrigen hätte die fachgutachterlich für den Rotmilan empfohlenen Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen auch positive Wirkungen für den Weißstorch.
<u>Bauzeitenregelung für Baumfällungen / ggf. Gehölzrückschnitt (V1)</u> Mit Vermeidungsmaßnahme V1 (Umweltbericht, S.41/42) ist eine Bauzeitenregelung für Gehölzfällungen vorgesehen. Ist ein Gehölzrückschnitt vorgesehen, ist das ebenfalls darzustellen. Der vorgenommene Verweis auf den Allgemeinen Artenschutz nach § 39 BNatSchG reicht jedoch nicht. Die Bauzeitenregelung ist wie folgt zu formulieren und festzusetzen: <i>Die beantragten Gehölzbeseitigungen (und ggf. sowie die beantragten Schnittmaßnahmen an Gehölzen) sind nur innerhalb des Zeitraumes vom 01.09. eines Jahres bis zum 28./29.02. des Folgejahres zulässig.</i> <i>* 01.09.:</i> nach aktuellem Kenntnisstand. Der Zeitpunkt kann sich - in Abhängigkeit von den noch erforderlichen Aussagen / Erfassungen zu Fledermaus-Quartieren (s.u.) - noch nach	Die Bauzeitenregelungen orientieren sich an den Methodenstandards zur Erfassung der Brutvögel Deutschlands (Südbeck et al. 2005, resp. 2025) Eine solche Bauzeitenregelung reicht aus, um artenschutzrechtliche Zugriffsverbote wirksam zu vermeiden. Im Übrigen ist jedenfalls gewährleistet, dass durch Bauzeitenregelungen die Zugriffsverbote sicher ausgeschlossen werden und damit auch kein Vollzugshindernis besteht.

Bebauungsplan „Windpark Kleeste“ der Gemeinde Berge

Entwurf Stand 26.06.2024

Stand 08.09.2025

Seite 25 von 39

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB (19.06.–20.07.2023)
sowie aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (09.06.2023–14.07.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
hinten verschieben.	
Die Unterlagen (inkl. Satzungskarte) sind entsprechend zu ergänzen / zu überarbeiten.	Eine Überarbeitung oder Ergänzung ist nicht erforderlich. Die Hinweise aus der Planurkunde sind nicht verbindlich und können im Genehmigungsverfahren erforderlichenfalls angepasst werden. Eine Festsetzung ist auf Ebene des Bebauungsplans nicht vorgesehen und rechtlich nicht erforderlich.
<p><u>V2 – Bauzeitenregelung für Bodenbrüter</u> In der Unterlage (Umweltbericht, S. 42) wird eine BZR vom 01.03. bis 20.07. eines Jahres vorgesehen. Weder im Umweltbericht noch im Fachbericht Brutvögel oder dem naturschutzfachlichen Gutachten erfolgt eine Darstellung, anhand welcher konkreten Nachweise diese Zeiten ermittelt wurden. Die Zeiträume der hier vorgenommenen BZR ist nicht nachvollziehbar. Die Brutzeit der nachgewiesenen Art/en ist nach Niststättenerlass anzunehmen. Die Möglichkeit eines Hineinbauens in die Brutzeit ist im Falle des Nachweises von Arten mit fester Niststätte (u.a. Mäusebussard, Rotmilan, Waldkauz) nicht gegeben. Es ist daher anhand der Ergebnisse der aktuellen Kartierung darzustellen, bei welchen WEA feste Niststätten im Wirkbereich vorhanden sind. Bei WEA mit Nachweisen fester Niststätten ist ein Hineinbauen in die Brutzeit nicht möglich.</p>	<p>Die Bauzeitenregelungen orientieren sich an den Methodenstandards zur Erfassung der Brutvögel Deutschlands (Südbeck et al. 2005, resp. 2025) Eine solche Bauzeitenregelung reicht aus, um artenschutzrechtliche Zugriffsverbote wirksam zu vermeiden. Im Übrigen ist jedenfalls gewährleistet, dass durch Bauzeitenregelungen die Zugriffsverbote sicher ausgeschlossen werden und damit auch kein Vollzugshindernis besteht.</p>
<p>Mit der Vermeidungsmaßnahme V2 ist eine Vergrämung (mit Flutterbandregelung) vorgesehen. Diese benennt allerdings keine Zeiten. Hierzu teile ich mit, dass auch für die Flutterbandregelung konkrete Zeiten festzusetzen sind: <i>Maßnahmen und alle Baumaßnahmen sowie die Rückbaumaßnahmen für die Alt-WEA sind ausschließlich im Zeitraum vom 01.09. eines Jahres bis 28./29.02. des Folgejahres zulässig. Baumaßnahmen, die vor Beginn der Brutzeit begonnen wurden, können, sofern sie ohne Unterbrechung fortgesetzt werden, in der Brutzeit beendet werden. Eine mögliche Unterbrechung der Baumaßnahme darf höchstens eine Woche betragen. Die in Satz 2 und 3 genannten Regelungen zum Hineinbauen in die Brutzeit gelten nicht für Zuwegungen. Baumaßnahmen außer an Zuwegungen - können in die Brutzeit hinein fortgesetzt werden, wenn auf den Bauflächen zuzüglich eines Puffers von 10 m eine Vergrämung mit Flutterband unter folgenden Maßgaben erfolgt:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> a) Die Vergrämuungsmaßnahme muss spätestens zu Beginn der Brutzeit, d. h. im vorliegenden Fall ab 01.03. bzw. bei einer Bauunterbrechung von mehr als sieben Tagen spätestens am achten Tag eingerichtet sein und bis zum Baubeginn funktionsfähig erhalten bleiben. b) Das Flutterband ist in einer Höhe von mindestens 50 cm über dem Boden anzubringen. Dabei ist das Band so zu spannen, dass es sich ohne Bodenkontakt immer frei 	<p>Orientiert sich an den Bauzeitenregelungen n. Methodenstandards zur Erfassung der Brutvögel Deutschlands (Südbeck et al. 2005, resp. 2025). Eine solche Bauzeitenregelung reicht aus, um artenschutzrechtliche Zugriffsverbote wirksam zu vermeiden. Im Übrigen ist jedenfalls gewährleistet, dass durch Bauzeitenregelungen die Zugriffsverbote sicher ausgeschlossen werden und damit auch kein Vollzugshindernis besteht.</p>

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB (19.06.–20.07.2023)
sowie aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (09.06.2023–14.07.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
<p><i>bewegen kann, ggf. ist die Höhe des Bandes an die Vegetationshöhe anzupassen. Das Band ist innerhalb der oben genannten Fläche längs und quer jeweils in Bahnen mit einem Reihenabstand von maximal 5 Metern zu spannen.</i></p> <p>c) <i>Zur Gewährleistung ihrer Funktionstüchtigkeit ist die Maßnahme im Turnus von maximal 7 Tagen zu kontrollieren. Über die Kontrollen sind Protokolle anzufertigen, in denen auch besondere Ereignisse z. B. Schäden und eingeleitete bzw. durchgeführte Maßnahmen erfasst werden.</i></p>	
Hinweis: Als bauvorbereitende Maßnahme gilt auch eine (archäologische) Prospektion zum Auffinden von Bodendenkmalen.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen, wenngleich die Frage besteht, inwiefern hierdurch Zugriffsverbote verwirklicht werden sollten, da dies vergleichbar zur landwirtschaftlichen Bearbeitung ist.
Die Unterlagen (inkl. Satzungskarte) sind entsprechend zu ergänzen / zu überarbeiten.	Eine Überarbeitung oder Ergänzung ist nicht erforderlich. Die Hinweise aus der Planurkunde sind nicht verbindlich und können im Genehmigungsverfahren erforderlichenfalls angepasst werden. Eine Festsetzung ist auf Ebene des Bebauungsplans nicht vorgesehen und rechtlich nicht erforderlich.
<p><u>1.3 Fledermäuse</u> - Abschaltzeiten</p> <p>Es sind mit der Vermeidungsmaßnahme V4 Abschaltzeiten für alle fünf geplanten WEA nach AGW-Erlass vorgesehen (vgl. Umweltbericht und textliche Festsetzungen).</p>	Dies wird zur Kenntnis genommen. Der Stellungnehmer ist aber darauf hinzuweisen, dass es sich nicht um Festsetzungen, sondern Hinweise zum Artenschutz handelt, welche im nachfolgenden Genehmigungsverfahren vermutlich Anwendung finden werden, jedenfalls ein Vollzugshindernis ausräumen.
<p>- Gondelmonitoring</p> <p>In den ersten beiden Betriebsjahren kann das standortspezifische Kollisionsrisiko durch akustische Daueraufzeichnungen im Rotorbereich bewertet bzw. verifiziert werden (Gondelerfassung). Dabei sind die im AGW-Erlass, Anlage 3, Kapitel 2.3.2 genannten Anforderungen zu beachten.</p>	Dies wird zur Kenntnis genommen.
<p><u>Quartiere in zu fällenden Bäumen</u></p> <p>Da keine entsprechenden Ausführungen enthalten sind, ist darauf zu schließen, dass keine Erfassung von Quartieren im Eingriffsbereich nach AGW-Erlass, Anl. 3 (baumkonkrete Erfassung) durchgeführt wurde. Diese ist gemäß den fachlichen Anforderungen des AGW-Erlasses, Anl. 3, Nr. 4.3, nachzuholen und die Ergebnisse in die BP-Unterlagen einzuarbeiten.</p> <p>Es ist auf Ebene der Bebauungsplanung zu klären, inwieweit der Verbotstatbestand des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG (Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten) von der Planung betroffen ist und ob die Vollzugsfähigkeit des BP gewährleistet werden kann. Eine Verlagerung der Problematik auf das spätere Genehmigungsverfahren nach BImSchG entspricht</p>	Im Rahmen der FuR-Untersuchungen gemäß Anlage 3 der 1. Fortschreibung des AGW-Erlasses vom 25. Juli 2023 sind im Gefährdungsbereich sowie der Pufferzonen sämtliche potenziellen Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Fledermäusen (und somit auch Vögeln) kartiert und sowohl hinsichtlich geografischer Lage (Koordinaten) als auch jeweiliger Eigenschaften gemäß der Vorgaben der AGW-Anlage Nr. 3 (Prüfschritte 1 und 2) exakt und ausführlich dokumentiert worden. Im Umkehrschluss sind alle übrigen in den Eingriffsbereichen befindlichen Vegetationsstrukturen hinsichtlich FuR unkritisch und bedarf entsprechend der Vorgaben daher - zumindest im Fachgutachten zu den FuR Fledermäuse - keiner expliziten Negativ-

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB (19.06.–20.07.2023)
sowie aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (09.06.2023–14.07.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
<p>nicht der rechtlich korrekten Vorgehensweise. Auf Grundlage der Erfassung sind ggf. Maßnahmen abzuleiten. Die Unterlagen (inkl. Satzungskarte) sind entsprechend zu ergänzen / zu überarbeiten</p>	<p>nachweise. Dies ist zudem ausreichend, um kein Vollzugshindernis für die Planung anzunehmen. Ergänzend ist festzuhalten, dass eine im nachfolgenden Genehmigungsverfahren festgestellte Betroffenheit einer Fortpflanzungs- und Ruhestätte in jedem Fall – sofern die ökologische Funktion nicht schon aufgrund weiterer Habitatpotenziale im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird (§ 44 Abs. 5 Satz 1 und 2 Nr. 3 BNatSchG) – durch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen / CEF-Maßnahmen (§ 44 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG) bewältigt werden kann. Eine Überarbeitung der Planunterlagen ist unter keinem vom Stellungnehmer benannten Gesichtspunkte erforderlich.</p>
<p><u>1.4 Reptilien</u> Im Ergebnis der Untersuchungen gab es keine Nachweise von Zauneidechsen. Grundsätzlich waren jedoch alle potenziell als Lebensraum geeigneten Flächen im Geltungsbereich des BP, hier WEA-Sondergebiete sowie die Zuwegungen und jeweils beidseits zuzüglich 50 m, darzustellen und zu untersuchen. Nur wenn aufgrund der Habitatbedingungen ein Zauneidechsen-Vorkommen begründet ausgeschlossen werden kann, kann / konnte auf eine Erfassung auf den übrigen Flächen verzichtet werden. Der Biotopkartierung und den Fotos zufolge sind für Reptilien, insbesondere die Zauneidechse geeignete Habitate im Gebiet vorhanden, z.B. in Form von den als artenreich kartierten Mastfundamenten, Wegrändern, etc. Es bleibt unklar, welche Habitate 2021 und 2023 (?) auf Reptilienvorkommen untersucht wurden bzw. auf welcher Basis die Auswahl der gemäß Unterlage <i>ANHANG 2: Erfassung Reptilien – Untersuchungszeitraum Mai bis September 2021</i> untersuchten Bereiche erfolgte.</p>	<p>Zauneidechsen kommen nicht auf Grünlandflächen und Feuchtbereichen vor. – Erforderlich sind wärmeexponierte Trockenbereich mit sandigen / kiesigen Flächen und Versteckmöglichkeiten sowie geeigneten Winterrevieren. Diese sind im Untersuchungsgebiet ausschließlich anthropogen entstanden (sandige- und ruderale Flächen an bestehenden WEA-Standorten und Zuwegungen). Diese wurden gezielt untersucht (teils mit ausgebrachten künstlichen Versteckmöglichkeiten, sog. „kVs“). Zu erwähnen ist, dass durch die geplanten Vorhaben zusätzlich geeignete Habitate geschaffen werden. Es besteht aber jedenfalls kein Vollzugshindernis, weil in einem nachfolgenden Genehmigungsverfahren Reptilienschutzzäune angeordnet werden könnten, sofern – was angesichts der erfolgten Kartierungen aber nicht denkbar ist – im Sinne einer worst case-Betrachtung ein Besatz bestimmter Flächen unterstellt würde.</p>
<p>Mindestens die zurückzubauenden WEA einschließlich ihrer Stellflächen und Zuwegungen müssen untersucht werden, weiterhin alle geeigneten Offenlandhabitate. Für alle nicht untersuchten Habitate ist eine fachgutachterliche Aussage inkl. Foto erforderlich, warum diese keine Eignung für Reptilien, insbesondere die Zauneidechse aufweisen. Kann ein Vorkommen auf Eingriffsflächen nicht ausgeschlossen werden, sind noch Erfassungen erforderlich. Alternativ können im Sinne einer worst case-Betrachtung Reptilienschutzzäune und/oder eine vorgezogene Ausgleichsmaßnahme („CEF-Fläche(n)“) vorgesehen werden. Letzteres ist bereits auf BP-Ebene in (Text und Karte) vorzubereiten. Die Unterlagen (inkl. Satzungskarte) sind entsprechend zu ergänzen / zu überarbeiten.</p>	<p>Wie vorstehend ausgeführt, erfolgte eine Untersuchung. Die vorliegenden fachgutachterlichen Aussagen zur Nichteignung der nicht untersuchten Flächen sind ausreichend. Ein Vollzugshindernis kann keinesfalls angenommen werden (s.o.). Fachgutachterlich werden aber keine Reptilienschutzzäune und CEF-Maßnahmen aufgrund der erfolgten Untersuchungen als erforderlich angesehen.</p>
<p><u>1.5 Amphibien</u> Die Untersuchungsergebnisse können nicht nachvollzogen werden: - Im Anhang <i>Erfassung Herpetofauna</i> fehlen Legenden oder/und die Karte/n ermöglichen</p>	<p>Diese Stellungnahme kann nicht nachvollzogen werden. – In Abb. 2 finden sich</p>

Bebauungsplan „Windpark Kleeste“ der Gemeinde Berge
Entwurf Stand 26.06.2024

Stand 08.09.2025

Seite 28 von 39

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB (19.06.–20.07.2023)
sowie aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (09.06.2023–14.07.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
<p>wegen fehlender Ortsbezeichnungen keine Orientierung (Abb. 1). Im Text ist von einem Soll mit Amphibien-Nachweisen (Erdkröte) in der Nähe der geplanten WEA 3 die Rede, gemäß Abb. 5-1 (<i>Nachweise Herpetofauna 2021 u. 2023</i>) des Fachgutachtens sowie Abb. 2 des o.g. Anhangs sowie die Biotopkartierung befinden sich im Bereich der WEA 3 drei geeignete Söle, in der Nähe der WEA 4 eines. Der Sachverhalt ist aufzuklären.</p>	<p>vollständige Legenden einschl. Häufigkeitsklassen. Das gilt auch für den Anhang zu den Untersuchungen 2023 aufgrund von Planungsänderungen. Eine weitergehende Aufklärung ist nicht erforderlich. Alle potenziell als Laichplätze in Frage kommenden Gewässer wurden auf Amphibienvorkommen untersucht. Die Ergebnisse sind sowohl den Berichten als auch den Karten zu entnehmen. Es besteht jedenfalls kein Vollzugshindernis, weil selbst wenn Vorkommen entgegen den Kartierungen bestünden, könnte mit Amphibienschutzzäunen ein Zugriffsverbot vermieden werden.</p>
<p>- Die vorgesehene Vermeidungsmaßnahme V5 (<i>Bauzeitenregelung für Amphibien und temporäre Amphibienschutzzäune</i>) wird darauf verwiesen, dass Verlauf und Kontrolle der Schutzzäune sowie das Absammeln der Tiere mit der zuständigen Naturschutzbehörde „vor Baubeginn“ abzustimmen sei (s. S. 45 des Umweltberichtes). Von N1 kann derzeit nicht beurteilt werden, wo – bei einem möglichen Bauen während der Aktivitätszeit vom Amphibien - konkret Amphibienschutzzäune zu stellen sind. Somit kann auch Vermeidungsmaßnahme V5 (<i>BZR für Amphibien und temporäre Amphibienschutzzäune</i>) diesbezüglich nicht bewertet werden. Allerdings kann jetzt schon mitgeteilt werden, dass die Lage der Leiteinrichtung (Amphibienschutzzäune) sowie der Zeitraum der Aufstellung im BP zu konkretisieren und zu benennen sind und möglichst auch entsprechende kartografische Darstellungen und Angaben in die Unterlagen einzuarbeiten sind. Dies wird dann von N1 geprüft und bewertet; einer weiteren Abstimmung mit der zuständigen Naturschutzbehörde „vor Baubeginn“ bedarf es dann nicht mehr. Für mögliche, sich dennoch ggf. anschließende Vollzugsfragen ist das LfU zuständig. Auf den im Bereich von Wanderkorridoren von Amphibien geplanten Kabeltrassenbau und der damit verbundenen, in den Fachgutachten explizit erwähnten Fallenwirkung wird im Umweltbericht bislang nicht eingegangen. Die Unterlagen sind entsprechend zu ergänzen / zu überarbeiten. In den Unterlagen ist auch kartografisch darzustellen, wo genau die Grabenquerung erfolgen soll.</p>	<p>Diese wären abhängig von der Planung und dem Bauzeitraum. Die Einzelheiten der ggf. erforderlichen Planung von Amphibienschutzzäunen sind Gegenstand des nachfolgenden Genehmigungsverfahrens. Der Stellungnehmer bestätigt jedenfalls selbst, dass aufgrund der Möglichkeit von Vermeidungsmaßnahmen kein Vollzugshindernis besteht.</p>
<p>Zudem sind für alle Bauflächen (außer lange Zuwegungen, s.u.) Zäune vorzusehen, die innerhalb eines 500 m-Radius um ein Gewässer mit Amphibienbesatz liegen. Zu den zu stellenden Zäunen teile ich weiterhin Folgendes mit: Beim Stellen der Amphibienschutzzäune sind mögliche Barrierewirkungen zu berücksichtigen. Es sollten daher i.d.R. die Hauptarbeitsflächen (Fundament, Kranstellfläche, Baunebenflächen) und ggf. kurze Zuwegungen eingezäunt werden, lange Zuwegungen hingegen nicht. Des Weiteren stelle ich klar, dass die Verwendung von Fangeimern in Verbindung mit einer</p>	<p>Die Einzelheiten der ggf. erforderlichen Planung von Amphibienschutzzäunen sind Gegenstand des nachfolgenden Genehmigungsverfahrens. Der Stellungnehmer bestätigt jedenfalls selbst, dass aufgrund der Möglichkeit von Vermeidungsmaßnahmen kein Vollzugshindernis besteht.</p>

Bebauungsplan „Windpark Kleeste“ der Gemeinde Berge
Entwurf Stand 26.06.2024

Stand 08.09.2025

Seite 29 von 39

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB (19.06.–20.07.2023)
sowie aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (09.06.2023–14.07.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
<p>Vermeidungsmaßnahme nach § 44 Abs. 5 BNatSchG („CEF-Maßnahme“) möglich ist.</p> <p>Die Vermeidungsmaßnahme ist somit wie folgt festzusetzen: <i>Bauvorbereitende Maßnahmen und alle Baumaßnahmen sind außerhalb der Wanderungszeiten von Amphibien, d. h. außerhalb des Zeitraums vom 01.03. bis 15.08. durchzuführen. Bauarbeiten innerhalb dieses Zeitraums sind zulässig, wenn entsprechend Karte xy Amphibienschutzzäune errichtet und bis zum Ende der Bauaktivitäten funktionsfähig erhalten werden. Die Zäune sind im Turnus von maximal 7 Tagen zu kontrollieren. Über die Kontrollen sind Protokolle anzufertigen, in denen auch besondere Ereignisse z. B. Schäden und eingeleitete bzw. durchgeführte Maßnahmen erfasst werden. Die Maßnahmen sind von Amphibienexperten durchzuführen.</i> Die Unterlagen (inkl. Satzungskarte) sind entsprechend zu ergänzen / zu überarbeiten (textlich und kartografisch).</p>	<p>Eine Überarbeitung oder Ergänzung ist nicht erforderlich. Die Hinweise aus der Planurkunde sind nicht verbindlich und können im Genehmigungsverfahren erforderlichenfalls angepasst werden. Eine Festsetzung ist auf Ebene des Bebauungsplans nicht vorgesehen und rechtlich nicht erforderlich.</p>
<p>Anmerkung U.a. auf S. 45 des Umweltberichtes ist vermerkt (daneben auch an anderen Stellen), dass die Umsetzung der Vermeidungsmaßnahmen mit der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Prignitz abzustimmen sei. Hierzu merke ich an, dass für die vorliegend umzusetzenden Vermeidungsmaßnahmen das LfU zuständig ist, nicht die untere Naturschutzbehörde. Die erforderlichen Vermeidungsmaßnahmen sind im BP darzustellen und im späteren Genehmigungsbescheid konkret festzusetzen. Einer (nachträglichen) Abstimmung bedarf es dann nicht (mehr). Für mögliche, sich dennoch anschließende Vollzugsfragen ist das LfU zuständig.</p>	<p>Kenntnisnahme, hierbei handelt es sich um einen redaktionellen Fehler der behoben wird, es wird die Zuständigkeit des LfU aufgenommen.</p>
<p>2. Gesetzlicher Biotopschutz (§ 30 BNatSchG i. V. m. § 18 Abs. 1 BbgNatSchAG) Defizite bei der Erfassung: Gemäß Unterlage wurden bei der Biotopkartierung nur die Baufelder der neuen WEA-Standorte sowie die Zuwegungen erfasst, die Rückbaubereiche hingegen wurden nur nach Luftbild kartiert. Da davon ausgegangen werden kann, dass es sich bei den Rückbauflächen (u.a. Mastfundamente und Kranstellflächen) nicht um gesetzlich geschützte Biotope handelt, ist keine Nachkartierung erforderlich.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
<p>Gemäß Umweltbericht (S. 7 und 15 ff) sind keine der im Geltungsbereich des BP befindlichen geschützten Biotope von einem Eingriff betroffen. Bilanziert wurden gemäß Umweltbericht nur dauerhafte Eingriffe, keine baubedingten. Diese sollen im Genehmigungsverfahren behandelt werden. In Bezug auf die gesetzlich geschützten naturnahen Kleingewässer in SO 3, SO 4 und westlich von SO 5 ist zu erläutern / klarzustellen, ob bzw. wenn nein warum es nicht nur zu keiner direkten Beeinträchtigung, sondern auch zu keiner indirekten Beeinträchtigung, z.B.</p>	<p>Kenntnisnahme, der Umweltbericht wird soweit erforderlich dahingehend ergänzt und nimmt entsprechende Erläuterungen vor, Kapitel 2.3.</p> <p>Die Grundwasserabsenkungen sind historisch: seit der Kolonisation im 12. Jahrhundert wurde die Landschaft durch den Menschen stark verändert. Zur Gewinnung von landwirtschaftlichen Flächen wurde ein künstliches Grabennetz in den Feucht-</p>

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB (19.06.–20.07.2023)
sowie aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (09.06.2023–14.07.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
<p>durch Grundwasserabsenkung, kommt.</p>	<p>gebieten angelegt, was heute ein weitverzweigtes natürliches Gewässernetz vor-täuscht. Diese Entwässerungssysteme und Torfabbau führten zu Grundwasserab-senkungen, wofür auch die breiten Vorfluter zeugen. Weder bei den Alt- noch bei den Neuanlagen gibt es Grundwasserabsenkungen. Mögliche Auswirkungen auf Sölle sind ausschließlich der Landwirtschaft geschul-det.</p>
<p>Bei dem Erlenwäldchen, in dem sich die unter Punkt 1 benannten 4 Rotmilanhorste befin-den, handelt es sich der Unterlage zufolge um folgenden Biototyp: - (Aufgelichteter) Scharbockskraut-Brennnessel-Schwarzerlenwald (geschützt gemäß § 32 Brandenburgisches Naturschutzgesetz, Biotop-Nr.: 081039) Auszug aus der Biotopbeschreibung: „ungestörter, naturnah ausgebildeter Erlenwald mit ei-nem hohen Wert für Brutvögel sowie nach § 30 BbgNatSchG geschütztes Biotop“. Auch die Ergebnisse der Brutvogelkartierung bestätigen dies (Vorkommen zahlreicher höhlenbrüten-der Arten wie Grün- und Buntspecht, Kleiber, Trauerschnäpper, Sumpfmiese, Gartenbaum-läufer, i.R. früherer Kartierungen u.a. belegt: Waldkauz). In der Unterlage wird richtig festgestellt, dass der gesetzlich geschützte Erlenwald vom Rotor der WEA 05 überstrichen wird. Eine Betroffenheit, auch durch ein Rotorüberstreichen des Waldbiotops ist zu vermeiden. Ei-ne Unvermeidbarkeit wäre plausibel zu begründen.</p>	<p>Es ist festzuhalten, dass das Überstreichen des Rotors in einer solchen Höhe er-folgt, dass das gesetzlich geschützte Biotop nicht betroffen wird. Hinsichtlich der Artausstattung wird auf die vorstehenden Ausführungen verwiesen.</p>
<p>In der Abb. 4 des Umweltberichts werden aus nicht nachvollziehbaren Gründen die betroffe-nen gesetzlich geschützten Waldbiotope nicht dargestellt, auch im Text findet keine ausrei-chende Auseinandersetzung mit dem gesetzlich geschützten Erlenbruch in SO 5 statt. Zur Minimierung von biotopschutzrechtlichen, aber auch artenschutzrechtlichen Konflikten empfehlen wir einen Abstand von mindestens 250 m. So finden auch die zu erwartenden wertgebenden Arten (u.a. Fledermäuse, Brutvögel) Berücksichtigung. Aus biotopschutzrecht-licher Sicht sind bei einem dichteren Angrenzen auch indirekte Beeinträchtigungen (z.B. Grundwasserabsenkung, Staub, Änderung Mikroklima) zu prüfen und zu erwarten.</p>	<p>Empfehlung wird zur Kenntnis genommen, die Karte wird um das Waldbiotop er-gänzt, jedoch erfolgt kein Eingriff in den Erlenbruch-Wald und eine Betroffenheit kann somit ausgeschlossen werden. Hinsichtlich der Artausstattung (u.a. Fleder-mäuse, Brutvögel) wird auf die vorstehenden Ausführungen verwiesen. Indirekte Beeinträchtigungen sind nicht ersichtlich, könnten aber auch im Rahmen des nachfolgenden Zulassungsverfahrens durch Maßnahmen (erforderlichenfalls Wasserhaltungsmaßnahmen mit Verrieselung zur Rückführung oder Spundwände, Staubreduktion bei Bautätigkeiten, u.ä.) bewältigt werden. Ein planerisches Erforder-nis ist dadurch nicht ausgelöst. Etwaige Änderungen des Mikroklimas sind ver-nachlässigbar und können Biotope nicht indirekt beeinträchtigen.</p>
<p>Der geplante WEA-Standort befindet sich auf einer Mähwiese: - Frischwiese, verarmte Ausprägung, weitg. ohne spontanen Gehölzbewuchs (<10%) (Biotop- Nr.: 05111221). Bei Mähwiesen handelt es sich zum Teil um Biototypen, die auf der Roten Liste stehen, weiterhin sind dies Hauptnahrungsflächen vieler schlaggefährdeter Greif- und Großvögel, darunter Weißstorch und Rotmilan. Dies bestätigt auch die Abb. I-5 des Anhangs I (<i>Brut- und</i></p>	<p>Hinweis wird zur Kenntnis genommen, jedoch nicht gefolgt. In der Planunterlage Stadt Land Fluss Hellweg & Höpfner PartG mbH, Naturschutz-fachliches Gutachten zur Genehmigung eines Repoweringvorhabens nach § 45c BNatSchG i.V.m. § 16b BImSchG und Artikel 5 der EU-Notfallverordnung vom 22.12.2022, Kap. 4.4.3.1.2 wurde dargelegt, dass nach § 45c Abs. 2 BNatSchG</p>

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB (19.06.–20.07.2023)
sowie aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (09.06.2023–14.07.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
<p><i>Nahrungsräume Rot- u. Schwarzmilan bis 6.000 m im Untersuchungszeitraum von Februar bis August 2021).</i></p>	<p>kein signifikant erhöhtes Tötungs- und Verletzungsrisiko aufgrund der Verbesserung im Rahmen des Repowerings anzunehmen ist. Des Weiteren wurde in der oben benannten Planunterlage festgestellt, dass: „Auf Grund der aktuell bekannten Verbreitungsmuster der oben aufgeführten Pflanzenarten innerhalb Brandenburgs und der erheblich von den Lebensraumansprüchen der Arten abweichenden Biotopstrukturen innerhalb des Vorhabenbereichs und seiner Umgebung [...] eine artenschutzrechtliche Betroffenheit der Sumpf-Engelwurz, des Kriechenden Selleries, des Frauenschuhs, der Sand-Silberschärpe, des Sumpf-Glanzkrauts, des Froschkrauts, des Vorblattlosen Leinblattes und der Wasserfalle durch das Vorhaben ausgeschlossen werden [kann]“.</p> <p>Insofern ist ein Zugriffsverbot in Bezug auf Pflanzen und Tierarten ausgeschlossen. Insbesondere zu den vom Stellungnehmer benannten Arten Weißstorch, Rotmilan und Schwarzmilan finden sich in den Planunterlagen umfassende Ausführungen und Risikobewertungen auf Grundlage der geltenden Rechtslage des §§ 45b, 45c BNatSchG. Hieran ändert die vom Stellungnehmer in Bezug genommene „Abb. I-5: Brut- und Nahrungsräume Rot- u. Schwarzmilan bis 6.000 m im Untersuchungszeitraum von Februar bis August 2021“ nichts, zumal die Abbildung eine Vielzahl an sehr großen Nahrungshabitaten für die Brutpaare im nächstgelegenen Umfeld zeigen und die Abstände zu einigen Brutpaaren mehr als der erweiterte Prüfbereich (Rotmilan: 3.500 m; Schwarzmilan: 2.500 m) beträgt, was vom Stellungnehmer vernachlässigt wird. Damit besteht kein Vollzugshindernis.</p>
<p>3. Naturdenkmale (§ 28 Abs. 2 BNatSchG i. V. m. Verordnungstext) Nach bisheriger Erkenntnis nicht betroffen.</p>	<p>Dem stimmt der Plangeber zu.</p>
<p>4. Geschützte Landschaftsbestandteile / inkl. Alleen (§ 29 Abs. 2 BNatSchG i.V.m. Verordnungstext / § 17 Abs. 1 BbgNatSchAG) Nach bisheriger Erkenntnis nicht betroffen.</p>	<p>Dem stimmt der Plangeber zu.</p>
<p>5. Baumschutzverordnung des Landkreises Prignitz (BaumSchV-PR) Die Baumschutzverordnung des Landkreises Prignitz (BaumSchV-PR) ist im BP-Verfahren anzuwenden. Das dem Umweltbericht zufolge zu fällende Gehölz („Dorngebüsch“; unbestimmt, StU 90 cm) gilt der Unterlage zufolge als geschützter Landschaftsbestandteil im Sinne der BaumSchV-PR. Für diese tritt zunächst das Verbot des § 4 Absatz 1 der Baumschutzverordnung ein („Es ist verboten, geschützte Bäume zu beseitigen ...“). Eine nach § 4 Abs. 1 BaumSchV-PR verbotene Maßnahme bedarf der vorherigen Genehmigung. Eine Genehmigung kann nach Maßgaben des § 5 Abs. 2 erteilt werden. Der Antrag auf Genehmi-</p>	<p>Der Eingriff in das Gehölz erfolgt erst im Rahmen des nachfolgenden Zulassungsverfahrens der dauerhaften Erschließung der Sonstigen Sondergebiete „Windenergienutzung“, weil der B-Plan „Windpark Kleeste“ selbst noch nicht zum Eingriff führt, sondern diesen nur vorbereitet. Insofern erfolgten die Ausführungen im Rahmen des Umweltberichts allein dazu, ein Vollzugshindernis auszuschließen und bereits vorsorglich einen Ersatz für das betroffene Gehölz zu berücksichtigen.</p> <p>Sofern die baubedingte Erschließung im Rahmen des nachfolgenden immissions-</p>

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB (19.06.–20.07.2023)
sowie aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (09.06.2023–14.07.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
<p>gung ist beim LfU zu stellen, nicht bei der unteren Naturschutzbehörde (wie vorliegend angenommen, s. Umweltbericht S. 45).</p> <p>Der Antrag muss alle erforderlichen Angaben enthalten, u.a., ob die Genehmigungsvoraussetzung nach § 5 Abs. 2 Nr. 1 BaumSchV-PR vorliegen, insbesondere ist die Unvermeidbarkeit des Eingriffs darzulegen. Die Abb. 4 und 5 auf S. 27 und 29 des Umweltberichts lassen weder eine Verortung des Fällbereichs zu, noch kann die Alternativlosigkeit der Wegeführung und damit die Unvermeidbarkeit der Fällung nachvollzogen werden. Auch die Karte „<i>FB Biotoptypenkarte (gepl. WEA 3, 4 und 5)</i>“ hilft diesbezüglich nicht weiter, stattdessen sind hier im Bereich der Einmündung in den Hauptweg 2 verschiedene Zuwegungen dargestellt, was neue Fragen aufwirft (was hat es damit auf sich; temporär/ dauerhaft? Bilanzierung?).</p> <p>Gemäß § 5 Abs. 4 der BaumSchV-PR gilt: <i>„Die Bemessung der Auflage zur Ersatzpflanzung richtet sich unter Berücksichtigung des Schutzzweckes in § 3 nach dem Wert des beseitigten oder in sonstiger Weise beeinträchtigten Baum- und Heckenbestandes. Der Wert eines geschützten Baumes ergibt sich aus dem Stammumfang, der Baumart und der Vitalität; der Wert des geschützten Heckenbestandes ergibt sich aus der Gehölzartenvielfalt, der flächigen Ausdehnung und der Vitalität.“</i></p> <p>Die entsprechenden Angaben sind erforderlich. Vorliegend fehlt u.a. die Angabe der Art, Größe und Vitalität des zu beseitigenden Gehölzes. Erforderlich ist des Weiteren ein Foto der/des zu rodenden Gehölze/s.</p> <p>Nach § 5 Abs. 3 BaumSchV-PR kann die Genehmigung mit Nebenbestimmungen versehen werden, nach § 5 Abs. 4 sind Ersatzpflanzungen festzusetzen. Die Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung kann erst nach Vorlage der o.g. Angaben geprüft werden. Eingriffs-ort und Ort der Kompensation sind konkret zu verorten / zu benennen (in Text und Karte). Art und Umfang der Kompensation müssen den fachlichen Anforderungen entsprechen.</p> <p>Ohne die o.g. Angaben kann die Eignung der i.R. einer multifunktionalen Anerkennung vorgeschlagene externen Ausgleichsmaßnahme A2 – <i>Pflanzung von Einzelbäumen und einer landschaftstypischen Hecke mit Überhältern in Sagast</i> nicht geprüft werden.</p>	<p>schutzrechtlichen Genehmigungsverfahren einbezogen wird, ist das LfU nach § 13 BImSchG / § 1 Abs. 3 NatSchZustV zuständig, im Übrigen verbleibt bei einer naturschutzrechtlichen Eingriffsgenehmigung nur für die dauerhafte Erschließung der Sonstigen Sondergebiete „Windenergienutzung“ die Zuständigkeit bei der unteren Naturschutzbehörde (§ 1 Abs. 1 NatSchZustV).</p> <p>Nach Auffassung des Plangebers wurde mit Verweis auf den westlich an die bestehende Einmündung angrenzenden Grabens dargelegt bzw. in der Planzeichnung dargestellt, dass die Trassenführung östlich des Grabens zwingend für die Erschließung des SO5-P Wind erforderlich ist. Des Weiteren stellt diese lediglich eine Verbreiterung des Bestandsweges dar. Dabei ist in der Abbildung 5 das betroffene Dorngebüsch mit grüner Strichelung unter dem Einschenkrtrichter (orange) erkennbar.</p> <p>Es ist insofern dargelegt, dass die Voraussetzungen der Genehmigung nach § 5 BaumSchV-PR im Rahmen des nachfolgenden Zulassungsverfahrens erreicht werden können und damit kein Vollzugshindernis vorliegt. Im Übrigen käme auch unter Berücksichtigung des § 2 EEG 2023 eine Befreiung nach § 67 Abs. 1, § 29 BNatSchG, § 4 BaumSchV-PR in Betracht.</p> <p>Die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen A1 – <i>Rückbau von Betonflächen in Sagast</i> und A2 – <i>Pflanzung von Einzelbäumen und einer landschaftstypischen Hecke mit Überhältern in Sagast</i> besitzen keine Gültigkeit mehr, da die Maßnahme Sagast als Altlastenverdachtsfläche gem. Mitteilung des Landkreises Prignitz nunmehr ausgeschiedet. Der Vorhabenträger hat für den Vollzug des B-Planes und zum Ausgleich der betreffenden Schutzgüter eine gesicherte Maßnahme aus dem Flächenpool Zempow der Flächenagentur des Landes Brandenburg einen Vertrag abgeschlossen. Eingriffsort und Ort der Kompensation werden textlich wie auch bildhaft im Umweltbericht dargestellt. Die gesicherten Maßnahmen enthalten unter anderem 35 Einzelpflanzungen. Der Umweltbericht ist Bestandteil des erneuten Entwurfes zum Bebauungsplan und wird der Fachbehörde erneut zur Einholung einer Stellungnahme vorgelegt.</p>
<p>Ich mache weiterhin darauf aufmerksam, dass auch Schnittmaßnahmen und Bodenarbeiten im Wurzelbereich („Traufbereich“) bei den betroffenen Bäumen zu erheblichen Beeinträchtigungen führen können. In diesem Fall kann ebenfalls die BaumSchV-PR zur Anwendung kommen. Aussagen hierzu sind ggf. noch erforderlich.</p>	<p>Hinweis wird zur Kenntnis genommen, jedoch sind keine weiteren Aussagen für den B-Plan erforderlich, da der Eingriff im B-Plan auf das Dorngehölz beschränkt ist und dieses entsprechend im B-Plan und im Umweltbericht bilanziert wurde. Ein Vollzugshindernis ist wie vorstehend ausgeführt ausgeschlossen.</p>

Bebauungsplan „Windpark Kleeste“ der Gemeinde Berge
Entwurf Stand 26.06.2024

Stand 08.09.2025

Seite 33 von 39

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB (19.06.–20.07.2023)
sowie aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (09.06.2023–14.07.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	Über die Genehmigung zur Fällung der betroffenen Gehölze ist spätestens im Rahmen des konzentrierenden Genehmigungsverfahrens unter Beteiligung des LfU, N1 zu entscheiden, dies kann aber auch bereits im Rahmen des BP-Verfahrens erfolgen.	
	2. Fachliche Stellungnahme X Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage	
	Auf S. 16 des Fachberichts vom Juli 2023 wird dargestellt, eine greifvogelattraktive Gestaltung (Erdüberdeckung) der teilversiegelten Flächen vorgesehen wird sowie die Extensivierung von Ackerflächen die an die WEA angrenzen. Sofern es sich hierbei um Kompensationsmaßnahmen handelt sind diese wegen der Anlockwirkung abzulehnen. Kompensationsmaßnahmen müssen außerhalb des Wirkraums (hier: Tötung), d.h. in einem Abstand von mindestens 300 m durchgeführt werden.	Kompensationsmaßnahmen werden als externe Ausgleichsmaßnahmen entsprechend der Planurkunde vorgesehen und nicht im Plangebiet.
7.	Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Abt. Archäologie, Dezernat Archäologische Denkmalpflege, Gebietsdenkmalpflege Prignitz/Havelland, Wünsdorfer Platz 4-5, 15806 Zossen, OT Wünsdorf Stellungnahme vom 16.09.2024	
	Unsere fachliche Stellungnahme vom 26.06.2023, Az.: GV 2023:104 behält weiterhin vollinhaltlich ihre Gültigkeit. Im Entwurf des Umweltberichts (Stand: Juni 2024, S. 38--39) sind die aktuellen bodendenkmalpflegerischen Bestimmungen richtig und vollständig benannt. Wir haben daher derzeit keine weiteren Anmerkungen oder Hinweise zu den Planungen.	Kenntnisnahme
	Hinweise: Es können jederzeit neue Bodendenkmale auftreten. Änderungen bzw. Ergänzungen des Bodendenkmalbestandes sind jederzeit möglich und zu berücksichtigen. Die Denkmalliste wird kontinuierlich fortgeschrieben. Unsere Stellungnahme erfolgt in Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse der Denkmalfachbehörde für Bodendenkmale und als Träger öffentlicher Belange gemäß BbgDSchG § 17 (1)-(4). Da bei dem Vorhaben auch Belange der Baudenkmalpflege berührt sein können, erhalten Sie aus unserem Hause gegebenenfalls eine weitere Stellungnahme.	Kenntnisnahme, der Bebauungsplan enthält zusätzliche Hinweise zum Denkmalschutz, die auch auf die Beachtung von möglichen Bodendenkmal-Vermutungsflächen hinweisen.
8.	Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Abt. Bau- und Kunstdenkmalpflege, Wünsdorfer Platz 4-5, 15806 Zossen, OT	Wurde nicht erneut beteiligt, da während der frühzeitigen Beteiligung mitgeteilt wurde, dass keine Betroffenheit besteht.

Bebauungsplan „Windpark Kleeste“ der Gemeinde Berge
Entwurf Stand 26.06.2024

Stand 08.09.2025

Seite 34 von 39

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB (19.06.–20.07.2023)
sowie aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (09.06.2023–14.07.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	Wünsdorf	
9.	Landesamt für Bauen und Verkehr, Lindenallee 51, 15366 Hoppegarten	Wurde nicht erneut beteiligt, da während der frühzeitigen Beteiligung mitgeteilt wurde, dass keine Bedenken bestehen.
10.	Landesbetrieb Forst Brandenburg, Untere Forstbehörde, Oberförsterei Gadow, Lindenallee (Forsthof), 19309 Lanz OT Gadow	
	Stellungnahme vom 16.10.2024	
	mit derzeitigen Planungsstand sind Waldflächen gemäß § 2 des Waldgesetzes des Landes Brandenburg (LWaldG) vom 20. April 2004 (GVBl. I/04, [Nr.06], S. 137) in der jeweils geltenden Fassung nicht unmittelbar betroffen.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung
	Durch die Ausweisung der zwei Sondergebiete mit der Zweckbestimmung „Rotor überstrich und Wald“ für die geplante Windenergieanlage SO5-P/Wind und der bestehenden Anlage WEA-B4 in SO-B/Wind wird die Waldnähe zu den Anlagen berücksichtigt.	Kenntnisnahme. Es wird zugleich dadurch festgehalten, dass es nicht zu einer Waldumwandlung kommt sowie die Waldfläche / der Baumbestand unterhalb der Rotoren weiter bestehen bleibt und bewirtschaftet werden kann.
	Aufgrund der hier rotorüberstreichenden Bereiche sind ebenfalls Maßnahmen zu berücksichtigen, welche die Gefahr von Eiswurf minimieren, um Schäden an den Baumkronen zu vermeiden.	Beim Eiswurf handelt es sich um ein seltenes Ereignis, sofern sich die Rotorstellung über der Waldfläche befindet und es zu Eisansatz kommt. In der Abwägung der Belange (Erzeugung erneuerbarer Energien mit Betrieb der Windkraftanlagen und Schutz des Waldes) wird das überragende öffentliche Interesse gegenüber der vagen Möglichkeit von Eiswurf und etwaiger Betroffenheit von Baumkronen höher gewichtet. Im Gegensatz zur Bewertung von Eiswurf als sonstige Gefahr nach § 5 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG bestehen keine forstrechtlichen Anforderungen. Jedenfalls kann dieser Aspekt im Rahmen des nachfolgenden Zulassungsverfahrens geprüft und erforderlichenfalls ein Eisdetektor vorgesehen werden.
11.	Landesamt Bergbau, Geologie u. Rohstoffe (LBGR), Inselstraße 26, 03046 Cottbus	
	Stellungnahme vom 30.09.2024	
	Das LBGR hat im Rahmen der Behördenbeteiligung zur vorliegenden Planung zuletzt mit Schreiben vom 8. August 2023 eine Stellungnahme abgegeben. Nach Prüfung der eingereichten Unterlagen haben sich aus unserer Sicht keine neuen entscheidungsrelevanten Sachverhalte ergeben. Somit behalten die in unserer Stellungnahme getroffenen Aussagen weiterhin ihre Gültigkeit.	Kenntnisnahme
	Hinweis: Das Planfeststellungsverfahren für die 2023 in Bau befindliche 380-kV-Freileitung ist durch das LBGR abgeschlossen worden.	Kenntnisnahme Die 380-kV-Leitung und der dazugehörige Freileitungsschutzstreifen wurden nachrichtlich übernommen und die Abstände werden eingehalten. Die

Bebauungsplan „Windpark Kleeste“ der Gemeinde Berge
Entwurf Stand 26.06.2024

Stand 08.09.2025

Seite 35 von 39

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB (19.06.–20.07.2023)
sowie aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (09.06.2023–14.07.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
		Nutzung der bestehenden Zuwegung unterhalb der 380-kV-Freileitung bleibt bestehen.
	Somit sind die in unserer o.g. Stellungnahme gegebenen Hinweise zum Themengebiet „Energieleitungen“ aktuell nicht mehr zu beachten.	Kenntnisnahme
12.	Landesbetrieb Straßenwesen, Dezernat Planung West, Dienststätte Kyritz, Holzhausener Straße 58, 16866 Kyritz	
	Stellungnahme vom 08.10.2024	
	Hiermit teile ich Ihnen mit, dass der Geltungsbereich des ausgewiesenen Planungsgebietes sich außerhalb der für den Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg, Dienststätte Kyritz zu vertretenden Belange befindet.	Kenntnisnahme
13.	IHK Potsdam, Breite Straße 2 a-c, 14467 Potsdam	Wurde nicht erneut beteiligt, da auch während der frühzeitigen Beteiligung keine Stellungnahme eingereicht wurde.
14.	Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg, Mittelstraße 5/5a, 12529 Schönefeld	
	Stellungnahme vom 11.10.2024	
	nach Prüfung der eingereichten Unterlagen zum Entwurf des Bebauungsplans „Windpark Kleeste“ der Gemeinde Berge (Stand: 26.06.2024) wird von Seiten der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (LuBB) mit Bezug auf § 31 Abs. 2 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) wie folgt Stellung genommen: 1. Das Plangebiet befindet sich im Zuständigkeitsbereich der LuBB. 2. Die Belange der zivilen Luftfahrt werden aus luftverkehrsrechtlicher Sicht durch das o.g. Verfahren berührt, da sonstige Sondergebiete mit der Zweckbestimmung „Windenergienutzung“ ausgewiesen werden sollen und Windkraftanlagen Luftfahrthindernisse im Sinne §§ 14 ff. LuftVG darstellen. 3. §18a LuftVG (Störung von Flugsicherungseinrichtungen) steht dem o.g. Bebauungsplan aktuell nicht entgegen. 4. Es bestehen keine Bedenken gegen den Entwurf des Bebauungsplans „Windpark Kleeste“ der Gemeinde Berge (Stand: 26.06.2024).	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung

Bebauungsplan „Windpark Kleeste“ der Gemeinde Berge
Entwurf Stand 26.06.2024

Stand 08.09.2025

Seite 36 von 39

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB (19.06.–20.07.2023)
sowie aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (09.06.2023–14.07.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
<p>Begründung: Das Planungsvorhaben liegt bei Berge, im Landkreis Prignitz des Bundeslandes Brandenburg. Im näheren Umkreis bis 18 km befinden sich keine Landeplätze des Landes Brandenburg. Das Planungsvorhaben befindet sich damit außerhalb von Bauschutzbereichen gem. §§ 12, 17 LuftVG und Hindernisbegrenzungsflächen ziviler Flugplätze (Verkehrs-, Sonder-, Hub-schrauber-Sonderlandeplätzen) sowie Segel- und Modellfluggeländen. Planinhalt ist das „Repowering“ bestehender Windenergieanlagen. Diese Anlagen stellen nach §§ 14 ff. LuftVG Luftfahrthindernisse dar. Gemäß § 14 Abs. 1 LuftVG darf die für die Baugenehmigung zuständige Behörde außerhalb von Bauschutzbereichen die Errichtung von Bauwerken, die eine Höhe von 100 Metern über Erdoberfläche überschreiten, nur mit Zustimmung der Luftfahrtbehörden genehmigen. Gleiches gilt sinngemäß für Bäume, Freileitungen, Masten, Dämme sowie für andere Anlagen und Geräte. Die LuBB ist im weiteren Genehmigungsverfahren für die Windkraftanlagen zu beteiligen. Das Planungsgebiet liegt außerhalb ziviler Flugsicherungseinrichtungen (vgl. § 18a LuftVG).</p>	<p>Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung</p>
<p>Es bestehen keine Bedenken gegen den Entwurf des Bebauungsplans „Windpark Kleeste“ der Gemeinde Berge (Stand: 26.06.2024).</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
<p>Hinweise: 1. Sollten die geplanten Inhalte/Gebiete des o. g. Planungsvorhabens geändert werden, wird darum gebeten, die entsprechenden Planunterlagen bei der Luftfahrtbehörde erneut zur Prüfung einzureichen. 2. Die Zustimmungs- und Genehmigungspflicht erstreckt sich auch auf temporäre Hindernisse, die eine Maximalhöhe von 100 m über Grund überschreiten. Der Einsatz von Kränen oder ähnlichen Baugeräten, sind dementsprechend bei der Luftfahrtbehörde rechtzeitig (mind. 14 Tage vorher) vor Errichtung zur Prüfung und Genehmigung einzureichen. 3. Zur Abklärung militärischer Belange wenden Sie sich ggfs. an das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUSBw), Postfach 2963, 53019 Bonn. 4. Die Tages-, Nacht- und bedarfsgesteuerte Kennzeichnung von Windkraftanlagen richtet sich nach der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen in der jeweils gültigen Fassung (AVV LFH– BAnzAT 30.04.2020 B4; zuletzt geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 15. Dezember 2023 (BAnz AT 28.12.2023 B4). 5. Weitere Informationen über die Lage und Hindernisfreiflächen zu einzelnen Landeplätzen finden Sie unter: „https://lubb.berlin-brandenburg.de/aufgaben/flugplaetze-berlin-brandenburg“.</p>	<p>Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung, zusätzlich auch im nachfolgenden Genehmigungsverfahren nach Bundesimmissionsschutzgesetz.</p>

Bebauungsplan „Windpark Kleeste“ der Gemeinde Berge
Entwurf Stand 26.06.2024

Stand 08.09.2025

Seite 37 von 39

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB (19.06.–20.07.2023)
sowie aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (09.06.2023–14.07.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	Um Übersendung einer Kopie des Abwägungsergebnisses wird gebeten.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung
15.	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Fontainengraben 200, 53123 Bonn	Wurde nicht erneut beteiligt, da während der frühzeitigen Beteiligung mitgeteilt wurde, dass keine Einwände bestehen.
16.	Zentraldienst der Polizei Brandenburg, Kampfmittelbeseitigungsdienst, Am Baruther Tor 20 Haus 5, 15806 Zossen	Wurde nicht erneut beteiligt, da während der frühzeitigen Beteiligung mitgeteilt wurde, dass keine Einwände bestehen.
17.	Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR, "Haus der Natur", Lindenstraße 34, 14467 Potsdam	Es lag bis einschließlich 28.02.2025 keine Stellungnahme vor. Während der frühzeitigen Beteiligung wurde eine Stellungnahme abgegeben.
18.	Deutsche Telekom Technik GmbH, Melitta-Benz-Straße 10, 01099 Dresden	Es lag bis einschließlich 28.02.2025 keine Stellungnahme vor. Während der frühzeitigen Beteiligung wurde eine Stellungnahme abgegeben.
19.	Wasser- und Bodenverband „Prignitz“, Sitz Pritzwalk, Schönhagener Straße 16, 16928 Pritzwalk Stellungnahme vom 15.10.2024	
	dem Schreiben liegt eine Übersichtskarte mit Wasserläufen II. Ordnung bei. Diese sind im Weiteren entsprechend zu berücksichtigen und nachrichtlich zu übernehmen.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung
	Nachfolgende Hinweise sind im Bereich der Standorte und Wege- und Leitungstrassen zu berücksichtigen: 1. Bei den geplanten Maßnahmen ist ein Mindestabstand von 5,00 m zu Böschungsoberkanten bei offenen Wasserläufen bzw. 10 m zu Rohrleitungsaußenkante einzuhalten. 2. In den Kreuzungsbereichen ist ein Abstand zwischen Sohle bzw. Rohrleitungsunterkante von mindestens 1,50 m einzuhalten. 3. Der Wasser- und Bodenverband „Prignitz“ ist bei der weiteren Planung zu beteiligen	Die nebenstehend genannten Mindestabstände werden durch die vorliegende Planung eingehalten.
20.	Westprignitzer Trinkwasser- und Abwasserzweckverband, Quitzower Straße 48, 19348 Perleberg	Wurde nicht erneut beteiligt, da während der frühzeitigen Beteiligung mitgeteilt wurde, dass keine Betroffenheit besteht.
21.	GDMcom Gesellschaft für Dokumentation und Telekommunikation mbH, Maximilianallee 4, 04129 Leipzig	Wurde nicht erneut beteiligt, da während der frühzeitigen Beteiligung mitgeteilt wurde, dass keine Betroffenheit besteht.
22.	EMB Energie Mark Brandenburg, Großbeerenstr. 181-183, 14482 Potsdam	Wurde nicht erneut beteiligt, da auch während der frühzeitigen Beteiligung keine Stellungnahme eingereicht wurde.
23.	50Hertz Transmission GmbH, Heidestraße 2, 10557 Berlin	

Bebauungsplan „Windpark Kleeste“ der Gemeinde Berge
Entwurf Stand 26.06.2024

Stand 08.09.2025

Seite 38 von 39

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB (19.06.–20.07.2023)
sowie aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (09.06.2023–14.07.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
<p>Stellungnahme vom 25.09.2024</p> <p>Im Geltungsbereich des Bebauungsplangebietes befindet sich unsere</p> <ul style="list-style-type: none"> • 380-kV-Leitung Parchim/Süd – Perleberg 435/436 von Mast-Nr. 60 – 61 (aktuell betrieben als 220-kV-Leitung Perleberg – Güstrow 332-322). <p>Der Leitungsverlauf ist in den eingereichten Unterlagen enthalten. Die Schutzstreifen-fläche sowie der Freihaltebereich unseres Mastes sind als von Bebauung freizuhaltende Fläche festgesetzt.</p> <p>Nicht umgesetzt wurden unsere Hinweise aus unserer Stellungnahme vom 14.03.2024 mit der Reg.-Nr. 2023-002786-03-OGZ zu den textlichen Festsetzungen 1.3 -> jetzt: 1.1 sowie 1.5 -> jetzt 1.4.</p> <p>Wir bitten weiterhin, diese Hinweise zumindest unter den Punkt „Hinweise“ in die Planzeichnung aufzunehmen.</p> <p>Die sonstigen Ausführungen in den vorherigen Stellungnahmen behalten vollumfänglich ihre Gültigkeit und sind im weiteren Verfahren, auch den nachgelagerten BlmSch-Verfahren zu beachten.</p> <p>Hinweis zur Digitalisierung: Für eine effiziente Identifizierung der (Nicht-)Betroffenheit bitten wir bei künftigen Beteiligungen nach Möglichkeit um Übersendung der Plangebietsfläche(n) sowie eventueller externer Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in einem standardisierten und georeferenzierten Geodaten austauschformat (vorzugsweise Shapefiles inkl. der Projektionsdatei (*.prj) oder kml-Datei).</p>	<p>Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung</p> <p>Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung, folgender Hinweis wird redaktionell in der Planzeichnung und Begründung aufgenommen</p> <p>Hinweise zum Leistungsbestand der 380-kV Leitung Parchim/Süd-Perleberg 435/436</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Für jegliche Nutzungsänderungen (auch temporär) im Freileitungsbe-reich und bei Bau- und Pflanzmaßnahmen ist die Zustimmung des Lei-tungsbetrei-bers Regionalzentrum West, Standort Wolmirstedt, Am Um-spannwerk 1, 39326 Wolmirstedt (E-Mail: leitungsauskunft-rzwest@50hertz.com) einzuho-len. Konkrete Planungsunterlagen, z. B. über Standorte und Höhe einer vor-gesehenen baulichen Veränderung, Bepflanzung etc., sind möglichst frühzei-tig der 50Hertz Transmission GmbH zur Kennnis zu geben, um die Voraus-setzungen zum Erteilen einer Zustimmung gemeinsam klären zu können.</i> <p>Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung, die Daten können künftig auch als shape Files geliefert werden</p>
	<p>24. WEMAG AG, Obotritenring 40, 19053 Schwerin</p> <p>Wurde nicht erneut beteiligt, da während der frühzeitigen Beteiligung mitgeteilt wur-de, dass keine Betroffenheit besteht.</p>

Bebauungsplan „Windpark Kleeste“ der Gemeinde Berge
Entwurf Stand 26.06.2024

Stand 08.09.2025

Seite 39 von 39

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB (19.06.–20.07.2023)
sowie aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (09.06.2023–14.07.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
25.	WGI-Westfälische Gesellschaft für Geoinformationen und Ingenieurleistung mbH, Ostseestr. 109, 10409 Berlin	Wurde nicht erneut beteiligt, da auch während der frühzeitigen Beteiligung keine Stellungnahme eingereicht wurde.
26.	Brandenburgische Boden Gesellschaft für Grundstücksverwaltung und –verwertung mbH, Am Baruther Tor 12, Haus 134/1, 15806 Zossen	Wurde nicht erneut beteiligt, da während der frühzeitigen Beteiligung mitgeteilt wurde, dass keine Betroffenheit besteht.
27.	Amt Putlitz-Berge (für die Stadt Putlitz und Gemeinde Pirow), Zur Burghofwiese 2, 16949 Putlitz	Es lag bis einschließlich 28.02.2025 keine Stellungnahme vor. Auch während der frühzeitigen Beteiligung wurde keine Stellungnahme abgegeben.
28.	Gemeinde Karstädt, Mühlenstraße 1, 19357 Karstädt	Es lag bis einschließlich 28.02.2025 keine Stellungnahme vor. Auch während der frühzeitigen Beteiligung wurde keine Stellungnahme abgegeben.
29.	Amt Parchimer Umland (für die Gemeinde Ziegendorf), Walter-Hase-Str. 42, 19370 Parchim	Es lag bis einschließlich 28.02.2025 keine Stellungnahme vor. Auch während der frühzeitigen Beteiligung wurde keine Stellungnahme abgegeben.
30.	Amt Eldenburg Lüz (für die Gemeinde Ruhner Berge), Am Markt 22, 19386 Lüz	Es lag bis einschließlich 28.02.2025 keine Stellungnahme vor. Auch während der frühzeitigen Beteiligung wurde keine Stellungnahme abgegeben.

- 12 von 18 angefragten TÖB gaben eine Stellungnahme ab
- aus der Öffentlichkeit ging keine Stellungnahme ein